

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Freitag, den 18. Dezember 1925

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Luther führt die Geschäfte weiter.

Neue Entschließungen Hindenburgs vor dem 12. Januar.

Zunächst wird mitgeteilt:

Im Hinblick auf die heute vom Reichstag beschlossenen Weihnachtsferien des Parlaments ersuchte der Herr Reichspräsident den Reichskanzler und die Reichsminister, die Geschäfte auch fernerhin weiterzuführen.

Zentrum und Regierungsbildung.

Die Große Koalition auch weiterhin als Ziel.

Die Zentrumsfraktion des Reichstags trat nach der Plenarführung zu einer Besprechung der politischen Lage zusammen.

Die Zentrumsfraktion des Reichstags hat sich heute eingehend mit der durch die Ablehnung der Sozialdemokraten geschaffenen Lage befaßt.

Deutschnationale Offerte.

Sie wollen den neuen Rechtskurs führen.

Die deutschnationale Presse hat vor den Verhandlungen über die Voraussetzungen einer Großen Koalition der Deutschen Volkspartei zugeredet, daß das Programm der Sozialdemokratie unannehmbar sei.

Nachdem die Verhandlungen abgebrochen sind, drängt die deutschnationale Presse nach der verschärften Fortführung des Rechtsblockturkes.

Die neuen Sätze für Erwerbslose.

Erhöhung der Beiträge in Preußen.

Die Unterstützungssätze in der Erwerbslosenfürsorge betragen nach der Neuverteilung auf die Woche umgerechnet ab 14. Dezember:

Table with 4 columns: Category, A, B, C, D u. E. It lists contribution rates for different groups in three economic regions (Ost, Mitte, West).

Der Verwaltungsausschuss des Landesamts für Arbeit in Preußen hat in seiner Sitzung vom 17. Dezember für den Bereich der preussischen Gefahrengemeinschaft einen Einheitsbeitrag von 3 Prozent ab 1. Januar 1926 festgesetzt.

zu glauben, von Locarno her eine neue Reichsregierung aufbauen zu können. Denn zur Erledigung stehen für die kommenden Monate nicht allein außenpolitische, sondern vor allem auch schwerwiegende innerpolitische wirtschaftliche Probleme.

Von vorne, also da, wo die unter deutschnationalem Einfluß stehende Regierung Luther ihr für die deutsche Volkswirtschaft und die arbeitende Bevölkerung Deutschlands unheilvolles Wirken begonnen hat.

Die „Deutsche Tageszeitung“ sagt es noch deutlicher. Sie zitiert die Erklärung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, daß sie weiter um ihr Programm kämpfen werde, und fährt dann fort:

„Jedenfalls beweist die bedingungslose Festlegung auf dieses Programm, was eine Große Koalition mehr oder weniger verschleierte hätte: daß mit der Sozialdemokratie keine praktische Wirtschaftspolitik zu treiben ist.“

„Die Politik der Abstoßung, die die Sozialdemokratie getrieben hat, muß logischerweise eine Politik der Konzentration auf der anderen Seite auslösen.“

Die Deutschnationalen wenden den Satz Stresemanns, daß mit der Sozialdemokratie keine Wirtschaftspolitik zu machen sei, jetzt an, um ihre Offerte für einen neuen Bürgerblock zu begründen.

Die Offerte der Deutschnationalen ist deutsch: neuer Rechtskurs unter deutschnationaler Führung im Kampfe gegen das arbeitende Volk!

„Der Verwaltungsausschuss des Landesamts für Arbeit in Preußen hat sich gegen bemerkenswerte Proteste aus weiten Kreisen der Arbeitgeber, Arbeitnehmer und öffentlichen Körperschaften genötigt gesehen, den höchst zulässigen Beitragssatz von 3 Prozent des Grundlohnes der Krankversicherung als Beitrag für die Erwerbslosenfürsorge zu beschließen.“

Sozialistische Wirtschaftskonferenz?

Eine französische Anregung.

Paris, 17. Dezember. (Eigenes Drahtbericht.) Die französischen Sozialisten beabsichtigen, der deutschen Sozialdemokratie und der sozialistischen Partei Belgiens die Veranstaltung einer gemeinsamen Wirtschaftskonferenz vorzuschlagen.

Das neue tschechoslowakische Parlament ist gestern zusammengetreten. Es fehlte nicht an Zwischenfällen zwischen Regierungsparteien und Opposition.

Zwischen Schweden und der Tschechoslowakei ist ein Schiedsvertrag abgeschlossen worden, der den Grundrissen der in Locarno geschlossenen Schiedsverträge entspricht.

Industrielle Wirtschaftspolitik.

Programm des Reichsverbandes der Deutschen Industrie

Das seit längerem angekündigte Wirtschaftsprogramm des Reichsverbandes der Deutschen Industrie liegt vor. Man durfte erwarten, daß die industrielle Krise die Geister unserer verantwortlichen Wirtschaftsführer aufrütteln würde.

Sehr zögernd und fast nur in einem Nebenwege erkennt der Reichsverband den Fehler an, der bisher seine gesamte Wirtschaftspolitik beherrscht hat und den er bisher nicht zugeben wagte:

„Wir müssen den Produktionsapparat, der während des Kriegs und in der Nachkriegszeit eine nicht im Verhältnis zum Verbrauch stehende Ausdehnung erfahren hat... einschränken, wir müssen ihn... so gestalten, daß wir mit den anderen produzierenden Ländern auf dem Weltmarkt in erfolgreiche Konkurrenz treten können.“

Hier ist in der Tat das Eingeständnis des grundlegenden Fehlers, den die Industrie bisher gemacht hat. Sie hat durch ihre sinnlose Wirtschaftspolitik ungeheure Mengen von Arbeitskraft und Material in der Anlage neuer Produktionsstätten vergeudet.

Statt dessen nimmt von den dreizehn der positiven Vorschläge derjenige Teil, der sich mit der Organisation der Privatwirtschaft beschäftigt, ganze zwei Seiten ein — soweit er sich mit der Industrie befaßt.

Immerhin, die Industrie hat die Verantwortung an der Krise, deren Auswirkung sie im einzelnen darstellt, eingestanden. Ganz vereinzelt bringt sie sogar Material, das grundlegende Irrtümer bei der Beurteilung der Wirtschafts- und Finanzlage sogar berichtigt.

Hätte sie das nur auch bei den Forderungen getan. Hier stellt sie alle Gehege der Finanzkunst auf den Kopf. Denn für die Aufstellung eines öffentlichen Haushaltes gilt bekanntlich der Grundsatz, daß man zunächst den Ausgabenbedarf feststellt, um danach die notwendigen Einnahmen festzustellen.

langt wird, die Steuern dürften die Erzielung einer Rente nicht vereiteln und darüber hinaus einen Betrag zur Kapitalneubildung freilassen, so können wir sogar als Sozialisten dieser Forderung zustimmen. Fragt sich nämlich nur, wem die Rente und wem die Möglichkeit der Kapitalbildung bleiben soll. Die weitere Niederschlagung von Besitzsteuern und die Verschärfung der Verbrauchssteuern kann doch letzten Endes nur dazu führen, daß dasjenige Kapital, das sonst in den Händen der Besitzer geringer Einkommen gebildet wurde, also der Arbeiter und Festbesitzer, dann nicht mehr von ihnen erspart werden kann, sondern den Großverdienern zufällt. Aber die Frage, ob die Kapitalbildung bei den großen oder kleinen Einkommen sich vollziehen soll, eine Frage, die übrigens in Amerika heute eine sehr große Rolle spielt, diese Frage wird vom Reichsverband nicht einmal klar gestellt, geschweige denn beantwortet.

Die Führer der Privatkapitalien wenden sich gegen die Ansammlung öffentlicher Gelder. Sie muten dem Staate zu, etwaige Ueberschüsse nur zu billigen Zinssätzen als Hypotheken der Wirtschaft zu zusetzen oder den Privatbanken zur Verfügung zu stellen, anstatt entsprechend den Interessen seiner öffentlichen Wirtschaft selbst Beteiligungen an der Industrie zu erwerben. Die Haltung des Reichsverbandes in diesem Punkte ist um so unverständlicher, als sie damit der öffentlichen Wirtschaft zumutet, auf eine kaufmännische Beborung seiner öffentlichen Betriebe zu verzichten, während er gleich darauf die Forderung stellt, daß die Haushalte der öffentlichen Betriebe selbständig geführt werden sollen. Weiter wird ein Abbau der Verwaltung gefordert, und man möchte sagen, selbstverständlich — der Abbau der Zwangswirtschaft und insbesondere der behördlichen Mietfestsetzung. Wir haben offenbar noch zu wenig Obdachlose.

Die Stellungnahme des Reichsverbandes zu den sozialen Aufgaben ist vorsichtig gefaßt. Man spricht nicht direkt vom Abbau der Sozialpolitik, aber von ihrer Anpassung an die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft und von einer genaueren Kontrolle. Das Verantwortungsgefühl des einzelnen für sich und seine Familie sollte durch die Erwerbslosenfürsorge nicht zerstört werden. Sind die Erwerbslosen aus eigenem Uebermut arbeitslos geworden?

Nachlässig verschwommen sind die Ausführungen über den Lohn und die Arbeitszeit. Als oberster Grundsatz wird aufgestellt, daß der Lohn sich nach der Leistung und nach der Produktivität der Arbeit richten muß. Welche Anstalten der Unternehmer, der ja schließlich die Möglichkeit dazu hat, treffen kann, um die Produktivität zu steigern, davon ist mit keinem Wort die Rede. Scharfer Protest jedoch fordert es heraus, wenn der Reichsverband jede zwangsweise Bestimmung der Löhne durch den Staat — gemeint sind offenbar die amtlichen Schlichtungsinstanzen — ablehnt und seine Stellungnahme zum Achtstundentag in die wirklich schon etwas abgebrauchte Formel kleidet, daß der Achtstundentag nicht schematisch angewandt werden dürfe. Zum Protest fordert es weiter heraus, wenn man jede Regelung der Arbeitszeit innerhalb der Betriebe durch öffentlichen Zwang verhindern will.

Und nun das, was die Industrie selbst tun will. Sie verlangt die Rationalisierung, unter der sie die vernunftgemäße Anwendung aller technischen und organisatorischen Mittel versteht, um die Ergiebigkeit der menschlichen Arbeit möglichst zu steigern. Der innere Markt soll durch Normalisierung und Typisierung, also durch Herstellung von Massengütern nach einheitlichen Produktionsmaßstäben, gefördert werden. Außerdem verlangt man die beste Ausbildung des Arbeiternachwuchses, für den man dann, wenn er einmal ausgebildet ist, die soziale Verantwortung ablehnt. Ferner legt man sich für eine Konzentration ein, die sich innerhalb wirtschaftlicher Grenzen zu vollziehen habe und die den Einkürpungsprozess der Wirtschaft in die richtigen Bahnen lenken soll. Nun schließt die positive Förderung der Trufts eigentlich alle Maßnahmen aus, die die Kartelle zu fördern geeignet sind.

Aber der Reichsverband rückt von den Kartellen nicht ab, sondern verlangt von den Behörden sogar Schonung dieser Einrichtungen, eine Forderung, die er nur dadurch abschwächt, daß er die Preispolitik der Kartelle gern in die Hände weislicher Kartelleiter und Kartellmitglieder gelegt sehen möchte. Eine Angabe von Adressen, wo diese zu finden sind, enthält die Zeitschrift nicht. Schließlich bekommt auch noch der Handel ein paar wohlgemeinte Worte: er wird gefördert, indem man ihn abbaut, und man rät ihm, er solle sich das Prinzip zu eigen machen, das die Industrie bisher so lange verleugnet hat und auch heute noch nicht auf ihre Fahne schreibt, dieses wunderschöne Prinzip: „Großer Umsatz, kleiner Nutzen“.

Große Worte für die anderen. Nirgend ein Bekenntnis zu eigener Tat, zu eigenem Vorwärtstreiben, zu eigener Verantwortung. Jaghaftes Andeuten, daß irgendwo irgend etwas vielleicht getan werden könnte, wenn die Herren Industriellen selbst arbeiten sollten, dafür aber um so stärkere Betonung der Forderung, daß der Staat, die Arbeiter, die Verbraucher aber alles tun müssen, was den Industriekapitalien gefällt. Das ganze ist das „Wirtschaftsprogramm“ des Reichsverbandes der Deutschen Industrie. Haben wir es nicht wirklich herrlich weit gebracht?

Vertrauenskrise in Thüringen.

Niederlage der Regierung bei den Staatsratswahlen.

Weimar, 17. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Der von der SPD. auf Vertrauensentziehung der Regierung vor acht Tagen eingebrachte Antrag sollte heute um 10 Uhr beraten werden. Nachdem Landbündler, Volksparteier und Deutschnationale der Regierung wegen ihrer Außenpolitik ihre Mißbilligung ausgesprochen hatten, fanden hinter den Kulissen Verhandlungen wegen einer diesen Parteien genehmen Umbildung der Regierung statt, mit dem Resultat, daß zwei Staatsräte der Volkspartei und des Landbundes zurücktraten. Nunmehr setzte der Präsident willfürlich die Ergänzungswahlen der Regierung in der anberaumten Sitzung vor das Mißtrauensvotum. In der Abstimmung erhielten die Staatsräte, der Führer des Landbundes, Höfer, und Geyer, ein Volksparteier, 36 von 65 abgegebenen Stimmen. Da der Landtag 72 Mitglieder zählt, so haben die neuen Staatsräte nicht die Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Abgeordneten.

Die Nordheke gegen Stresemann.

Nationale gegen Nationale.

Aus ihrer nationalliberalen Vergangenheit hat die Deutsche Volkspartei die Ablehner übernommen, in rollendem Pathos „nationale“ Töne hervorzuheben. Sie fühlt sich zudem als bloß deutsche der deutschnationalen Partei durchaus ebenbürtig. Aber das hilft ihr nicht aus der Verlegenheit, daß sie selbst und vor allem ihr Führer Stresemann von den Cannationalen als „Vandenserräter“ angeprangert werden. Daß die völkische Presse wiederholt unabweislich den Staatsgerichtshof und zwischen den Zeilen noch mehr für Stresemann forderte, haben wir des öfteren registriert können.

Jetzt zitiert Stresemanns „Tägliche Rundschau“ aus einem Artikel Heinrich Pudors, des in völkisch-anstößlichen Kreisen besonders hochgeschätzten Schreibers, folgende amüsigen Sätze:

„An der modernen Stütze einer Hindenburg-Republik kann nur die Säge, der Stuhl und die Verleumdung geblieben.“

„Bei Hindenburg, dem Judenbiener, hat das Slawisch-Arbeitsische die Oberhand gewonnen. Ludendorff dagegen ist reiner Germane.“

„Wenn wir heute statt Hindenburg einen Juden auf dem Präsidentenstuhl hätten, stände es besser um die deutsche Sache.“

„Hat das Volk Stresemann heruntergezerrt vom Ministerstuhl und ihn angebunden mit den Füßen an ein Rappenspann, durch das Brandenburger Tor gejagt, rund um Berlin?“

„Das Volk hat Stresemann nicht geverteilt, es hat ihm nicht das Schicksal Rathenaus gegeben.“

Die Säge sind für jeden völkischen Jüngling und Desperado unmißverständlich. Dieser sogenannte vaterländische „Geist“ ist es, der die Handlungen Grütze-Lehders, der Rathenaus und Erzberger-Wörter hervorrief und der auch dem jetzt wegen seines Abenteuers auf Stresemann verhafteten Kalldorff die Feder führte, als er an einen rechtsgerichteten Münchener Rechtsanwalt den folgenden Brief schrieb:

Berlin-Siemensstadt, 8. Dezbr. 1925.
Redigenheim, Südliche Zufahrtsstraße.

Heber alter . . . !

Ich lebe noch. Ich habe mich durchgerauft. Es war ein kleines Kunststück, hier anzukommen, und ich habe nur hier rauszukommen. Zwei Ingenieure haben meinen Eintritt gemangelt.

Natürlich Partesache!
Und nun:

Ich habe den Reim gemacht, nach bekannten Mustern: „Stresemann, verweise man.“ Du verstehst! Ich habe zwei Offiziere, die mitmachen, und auch die „Finanzierung“ ist allright.

Es wäre mir sehr lieb, wenn Du paar Zeilen schreiben würdest, daß ich für die Sache gut bin.

Du kennst meine Vergangenheit, Du weißt, was von mir zu halten ist.

Natürlich: wenn Du mir auch noch als Referenz dienst, so ist das eine sehr wichtige Unterstützung meiner Berliner und Medienburger Referenzen.

... „verweise man“. Das Schwere muß geküßt werden. Ein Flugzeug ist auch zur Verfügung.

Aus diesen Andeutungen weißt Du, um was es geht! Die Industrie ist auch gegen den Verräterbund, z. B. Kirdorf im „Vokal-Anzeiger“.

Die Tat geht auf mein Konto, die zwei Offiziere — deren einer erprobt ist — tun mit.

Schrift so schlecht, weil die Arbeit mich ganz infam mitnimmt. Du hast sicher Vertrauensmann hier, der mich aufs Korn nimmt. Heil und Sieg!

Mit treudeutschem Gruß Dein

Karl Kalldorff.

(Alles hier ist Marineoffizier, Offizier bis zum Obersten.)
Gruß Werner Lorenz, Oberl. a. D., unbekannterweise.

Heil und Sieg!

Begreiflich, daß angesichts solcher eindeutigen Niederschriften selbst die sonst so gut schwarzweiße und „nationale“ Presse der Volkspartei es mit der Entrüstung kriegt. Aber haben die Volksparteier nicht eben noch bei den Provinzial- und Kreistagswahlen engste Gemeinschaft mit den Deutschnationalen und Völkischen gemacht, indem sie Listenverbindungen eingingen und „Ordnungsblod“ markieren lassen? Sind sie in Thüringen nicht auch heute noch mit den Völkischen im „Ordnungsblod“, um die Sozialdemokraten niederzubalten? Bilden sie mit den Deutschnationalen, die ihren Stresemann ganz nach völkischer Manier beschimpfen, nicht auch heute noch „Arbeitsgemeinschaften“ im Staatsrat, in zahllosen Gemeindeparlamenten?

Mag Stresemann ihnen auch in der „Richtigkeit“ der Außenpolitik über sein, in der „Richtigkeit“ der skrupellosen Demagogie sind die Ganz- und Halbvölkischen ihm tausendmal über! Aber daß die Volkspartei daraus etwas lernen könnte, wagen wir noch nicht zu glauben.

Der Rechtspresse ist die Aufdeckung des Abenteuers gegen Stresemann begreiflicherweise wenig angenehm. Sie schimpft deshalb über die „neue Hege gegen rechts“, beschuldigt zur Abwechslung einmal wieder die Sozialdemokratie, daß sie (außer den Kommunisten) die einzige Partei sei, die den politischen Wortschillinge und betriebe und was herartiger faulen Witzelzüge mehr sind.

Die „Deutsche Zeitung“ leitet gleich eine neue Hege gegen Stresemann ein. Sie veröffentlicht den Brief eines Majors a. D. v. Blomberg an den Reichsaußenminister, worin erklärt wird, Stresemann sei „als deutscher Führer und Mann unmöglich“, wenn er nicht gegen ein Beschreiben des Grafen Reventlow vorginge.

„Als deutscher Führer und Mann unmöglich!“ Die Kalldorffs werden das begreifen und für sich auszuliegen wissen!

Traum im Mittag.

Von Erwin Frehe.

Die Sirene schrie zwölf Uhr über den Fabrihof. Das dröhnende Stampfen der Pressen erstarb jäh mit dem schrillen Pfiff und machte einer unwirklichen Stille Platz, in der nur die Rufe der fortziehenden Arbeiter zu hören waren. Im Augenblick verflangen auch sie.

Der Arbeiter Römer ging von seiner Maschine zum schwach beleuchteten Fensterplatz — denn auch von ihm aus war nur ein winziges Quadrat stahlblauen, wolkenreinen Himmels zu schauen; die uferlose Flut der Sonnenstrahlen laugte die gegenüberliegende Fabrikwand hungrig auf. Aus einer zerklüfteten Kistenbox entnahm er einige Brote und ein Buch. Ohne sein Mittagbrot zu beachten, schlug er mit sichtbarer Ungebuld das Buch auf.

Es war nur ein Buch! Und noch dazu ein zerfleddertes und zergerates — aber es mußte wohl die Seligkeit einer halben Stunde verbürgen. Es mußte wohl ein geheimnisvoller Psalmsucher sein, eine Wunschkrone, ein Führerbuch, mit dem man hinauswandern konnte aus stüdigem Maschinenlärm und ölgeschwängelter Luft — wie gleichgültig war es, wohin! Nur fort — fort ...

... Fern, von ewigen Balken übergrau beschattet, standen im herrlichen Blau die Zelte des Königs Artus. Zwölf der tapfersten und kühnsten Ritter saßen an seiner Tafel — nie gab es treuere und mutigere als sie. Gefächter toste durch den Saal, wenn der Troubadour anmutig ein Scherzlied vorsang! Klang aber die Orgel in Behmut, und blästen des Sängers Augen versunken in sich hinein, dann wölbte sich das vom Blau gegernte Zeltstück in Gram und trauererschauernd schweben die Ritter. Nicht lange — bald trugten wieder lürend die weinschäumenden Becher umher: Toaste der Freude! Toaste der Stärke!

Parfival, wie herrlich kommst du mit deinem Begleiter zum Hoffsaal des Königs Artus! Kein Mißmut blinkt in deinem Gesicht ob des verlorenen Grales. An den Tisch, Parfival! Ritten unter den Zwölfen ist dein Platz! Du sollst erzählen, wen dein Tisch besaß — sprich Parfival! Denn schon liegt in feurigem Glanze um deine Taten die Krone der Ueberwindung. Parfival, er wartet noch auf dich, der Gral, dein Gral ...

Wie ein klagendes Tier jaulte die Sirene um einhalb ein Uhr den düsteren Beginn der Arbeit ein. Träge, wie aus der Ruhe aufgeschreckte Ungeheuer bewegten sich die stählernen Gelenke der Pressen, um bald wieder in dem schlitternden Takt des arbeitenden Saales zu enden.

Römer überhörte den Pfiff.

Seine Presse stampfte im Leerlauf. Als wenn sie den Säumigen anschrte, so hob sich ihr hellerer, abgerissener Ton aus dem brüllenden Chor des ganzen Saales heraus. Wie eifersüchtiger Zorn klang ihr kurzer Schlag in dem großen Getrause — aber Römer war topf-

gebugt dieser tyrannischen Welt entronnen. Er selber, ja er, stand im Königszelte und schaute den zehenden Helden zu ...

Fünf Minuten nach einhalb ein Uhr bewegte sich durch die Tür die feiste Gestalt des Meisters. Er erlarrte, als er die unbediente, trachende Maschine und Römer am Fenster lesend sah. Einige Sekunden noch schaute er ungläubig-bäde, dann riß er den Befenden mit einem Fluch an der Schulter hoch.

Jäh zerfob das glühende Traumreich Römers. Doch ohne Entschuldigung, sofort wieder vom Rhythmus der stampfenden Maschinen gepackt, selbst ein mechanischer Hebel, begab er sich an seine Presse. Mit freudigem Aufschreien presste sich der Stahl in die rote Form, indes unerdüchte Blut im Gesicht des Meisters stammte. Wie in einem Tag-Traum flutete es um Römer; wie in einer dämmerigen Glückseligkeit flogen seine Arme. — Am Abend hatte er seine Papiere — wegen Pflichtenvergeßlichkeit.

Jetzt, auf dem Arbeitsnachweis, sieht er wohl noch manchmal in silbernem Wollenschimmer das Lager des kriegerischen Königs Artus und die weinstromenden Festgelage an seiner Tafelrunde. Aber näher, millionenfach näher sieht er seine trübe Wohnstätte in flackerndem Petroleumlampenlicht und schaut auf zitternde Hände, die den winzigen Brotrest für den morgigen Tag halten.

Der Hunger mästet sich von keinem Fleisch, sahl sollen die Wangen zusammen — vielleicht muß er bald, ein junger Parfival, das düstere Kleinod suchen, das er gar nicht begehrt.

Die echten Germanen.

Von Philipp Scheidemann.

Gibt's eigentlich noch Deutsche, echte Arier, die wahrhaft national, tapfer und völkisch unbedingt zuverlässig sind? Viele gibt's gewiß nicht mehr, aber einige Exemplare sind bestimmt noch vorhanden. Die Firma „Hitler, Wulle, Ludendorff, Buischunternehmer ca. gros und en détail“ hat, mit Unterstützung eines ihrer Proturisten, nämlich des Obersten Bauer, ausgezeichnete Linierlagen geliefert, nach denen man genau festzustellen vermag, wer nicht in Betracht kommt. Das sind die Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrumsleute, die Freimaurer und Jesuiten, die Juden, die Katholiken und die Frauen ganz allgemein. So, wer bliebe dann überhaupt noch übrig? Etwa die Mannschaften des ehemaligen Kriegsregiments? Nein! Denn der Ludendorff-Genosse Oberst Joachim hat in dem Münchener Brozsch ganz summarisch festgestellt, daß der deutsche Soldat nicht so genügend gewesen ist wie die Soldaten der Entente. Demnach, so fügen wir hinzu, war jeder Soldat mehr oder weniger auch ein Dolchstößer. Bleiben die Offiziere des deutschen Heeres. Kommen sie ernstlich in Betracht? Nein! Der Oberst Bauer hat schwarz auf weiß festgestellt, daß die 500 Offiziere des Großen Hauptquartiers am 9. November 1918 keine Hand gerührt haben, um den Kaiser zu schützen; daß noch am selben Tage viele Offiziere in Automobilen fuhrten, die mit roten Fahnen geschmückt waren.

Ja, wer zum Ausdruck — na, mindestens ist doch als zuverlässiger Arier der Generalfeldmarschall von Hindenburg anzusprechen? Nein und tausendmal nein! Denn Ludendorff hat aller Welt kund und

zu wissen getan, daß Hindenburg national nicht mehr zuverlässig ist. Wiebe demnach wirklich ein Lechter noch — der letzte Keiler, Irrtum! Der kann am allerwenigsten in Betracht kommen, weil er, nachdem er den ihm von Gröner empfohlenen Schützengraben energisch abgelehnt hatte, schneidestüchtig geworden ist!

Wiß — wirklich — niemand — mehr — ferndeutsch — treu — völkisch — arisch — ??

O, ihr Kleingläubigen, steigt nicht klar zu Tage, wer uns noch bleibt, wenn alle Katholiken und Freimaurer, Juden und Jesuiten, Demokraten, Sozialdemokraten und Zentrumsler, sowie die deutschen Frauen, Hindenburg und Wilhelm der Sparsame als minderwertig beiseite geschoben sind?

Strahlend gruppieren sich um die völkische Zentralfonne Ludendorff Herr Wulle und dessen Vertrauensmänner Pfarrer Münchmeyer-Borkum und Grütze-Lehder. Der Pfarrer von Borkum agitiert völkisch als junger Germane mit Vorliebe unter jungen Arbeiterinnen nach alttestamentarischen Gebräuchen; er läßt wie der Apostel Paulus und streift die Bäuchlein mit sanfter Hand. Grütze-Lehder dagegen ist ein völkischer Junge mit schneller Entschlußkraft. Hat er, der germanische Organisator, ausgerüstet als „Vertrauensmann“ mit dem Wulle-Schein, ein neues Mitglied in die Listen eingeschrieben, das sich völkisch nicht bewährt, dann streicht er es gleich — aus dem Leben, nicht nur aus der Mitgliedsliste.

Hei uns! Koch gibt's in dieser verjudeten, verrotteten und verweichlichten Zeit wahrhaft deutsche Männer, völkische Jungen, alter Germanen Sprößlinge!

Ein Vermächtnis Hermann Greulichs. Der kürzlich verstorbene Senior der schweizerischen Arbeiterbewegung, Hermann Greulich, war bekanntlich kurz vor seinem Tode an der Spitze der sozialdemokratischen Liste in Zürich in den schweizerischen Nationalrat gewählt worden, ein Mandat, das er schon seit mehr als zwanzig Jahren bekleidete. Papa Greulich war seiner Wiederwahl so sicher, daß er am Ende der vorigen Legislaturperiode sein Volk im Sitzungssaal des Nationalrats nicht ausgeräumt hatte. Als nun statt seiner sein Nachfolger den Platz befehlt, fand er das Volk säuberrich geordnet, so wie es Greulich verlassen hatte, und darin in der schönen Handschrift des Alten einen Entwurf zu einem Antrag, der folgendermaßen lautet:

„Der Bundesrat wird eingeladen, Bericht und Antrag einzubringen über die Zuerkennung des gleichen Stimmrechts und der gleichen Wählbarkeit der Schweizerbürgerinnen mit den Schweizerbürgern.“

Das letzte Wort des greifen Vorkämpfers der Menschrechte — wenn man den unbedienten Entwurf dafür nehmen will — galt also der Gleichberechtigung der Frauen.

Leistungstheater. Die Bekanntheit von Strindberg's „Karl XII“ ist von Sonnabend auf Montag verlichoben worden. Die für Sonnabend geladenen Karten können an der Kassette umgetauscht werden. Das bekannte russische Ballet Daghilow beehrt am 22. im Deutschen Operntheater ein etwa 14 tägiges Gastspiel mit völkischem Programm.

Prof. v. Ihur gestorben. Der Professor des schweizerischen Rechts an der Züricher Universität, Andreas v. Ihur, ist im Alter von 61 Jahren gestorben. Er bekleidete früher Professuren an verschiedenen deutschen Hochschulen und war der letzte deutsche Rektor der Universität Straßburg

Sozialistenopposition gegen Doumer.

Ein neues Finanzprojekt von Kuriol.

Paris, 17. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die sozialistische Fraktion hat am Donnerstag auf Grund eines von dem Abg. Renaudel eingebrachten Antrages beschlossen, ihr Vertrauen jeder Regierung zu verweigern, die nicht die nötige Energie zur Sanierung der finanziellen Situation und zur Unterdrückung der faschistischen Umtriebe aufbringt. Andererseits hat der Abg. Vincent Kuriol der Fraktion ein neues Finanzprojekt unterbreitet, dessen Ziel ist, dem Schatzamt durch eine Art Kommerzialisierung des Tabakmonopols die benötigten Mittel zu beschaffen. Vincent Kuriol schlägt zu diesem Zweck die Umwandlung des Monopols in einen gemischtwirtschaftlichen Betrieb vor. Sein Projekt sieht die Schaffung einer autonomen Gesellschaft unter der Kontrolle des Staates vor, die für 25 Milliarden Franc Obligationen ausgeben soll. Sie sollen zu 5 Proz. verzinstlich und bis zu einem Viertel an dem Gewinn der Gesellschaft beteiligt sein. Von diesen Obligationen sollen 10 Milliarden den Inhabern von Nationalanleiheobligationen und die restlichen 5 Milliarden zur Zeichnung in der aufgelegt werden. Das praktische Ergebnis dieses Projekts wäre außer der Konsolidierung von 20 Milliarden kurzfristiger Verbindlichkeiten des Staates die Verschaffung von 5 Milliarden stütziger Mittel für das Schatzamt. Die Voraussetzung dafür wäre allerdings die volle Zeichnung der ausgegebenen Obligationen, die bei der gegenwärtigen Lage des Geldmarktes zum mindesten fraglich erscheinen muß.

Genosse Mistral Vizepräsident der Kammer.

Paris, 17. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die Kammer hat am Donnerstag an Stelle des Abg. Barrens den Genossen Mistral mit 226 Stimmen zum Vizepräsidenten gewählt. Der Gegenkandidat des Nationalen Blocs Capus erhielt 161 Stimmen. (Genosse Paul Mistral hat sich als Bürgermeister von Grenoble glänzend bewährt. Er ist seit 15 Jahren Abgeordneter der Partei. Er gehörte jener international-sozialistischen Delegation an, die in Berlin am Tage des Rapp-Putsch eintraf und die siegreiche Genstrafbewegung in unserer Mitte erlebte. Red. d. B.)

Im weiteren Verlauf der Tagung protestierte der radikal-sozialistische Abg. Archimbaud gegen den in den letzten Wochen mehrfach angeregten Gedanken, Kamerun und Togo an Deutschland zurückzugeben. Er forderte die Regierung auf, das unter keinen Umständen zuzulassen, selbst für den Fall, daß England bereit sein sollte, sein Mandat über die ehemaligen deutschen Kolonien Deutschland zu überlassen. In ähnlichem Sinne äußerte sich der ebenfalls radikalsozialistische Abg. André Hesse. Der Kolonialminister Périer erwiderte darauf, daß für diese Frage ausschließlich das Ministerium des Auswärtigen zuständig sei und er sich deshalb dazu nicht zu äußern vermöge.

Kampfanruf Millerand gegen das Links-Partei.

Paris, 17. Dezember. (WLB.) Der Vorstand der national-republikanischen Liga hat in einer unter dem Vorsitz von Millerand abgehaltenen Versammlung beschlossen, einen Aufruf an das Land ergehen zu lassen, in dem er zum Kampf gegen die Politik des unter dem Einfluß des revolutionären Sozialismus stehenden Links-Partei, die Frankreich in einem Jahre 17 Milliarden Franken Inflation gelöst habe, auffordert.

Freispruch im Steiger-Prozess.

Ein Sieg des internationalen Bewusstseins.

Leipzig, 17. Dezember. (LZ.) Gestern um 255 Uhr nachmittags wurde in dem Steiger-Prozess, der etwa ein Wochen dauerte, das Urteil verkündet. Es waren an die Geschworenen drei Fragen gestellt.

Die erste lautete: Hatte Steiger die Absicht, den Staatspräsidenten zu ermorden und hat er die Bombe mit dieser Absicht geworfen? Zweitens: Versuchte er damit umstürzlerische Zwecke? Drittens: Hat sich Steiger gegen das Sprengstoffgesetz vergangen? Sämtliche Fragen wurden mit acht Stimmen gegen vier verneint. Daraus ergab sich der Freispruch. Im Saal brach großer Jubel aus.

Dieser Prozess war von Anfang an eine antisemitische Machenschaft. Die Anklagebehörde stützte sich lediglich auf eine Besetzungszugung, die in dem jüdischen Studenten Steiger den Bombenwerfer, in dessen Nähe sie gestanden haben will, wiederzuerkennen behauptete. Dabei war Steiger ein unpolitischer Mensch, der lediglich jüdischen Ansichten huldigte, so daß ein innerer Grund, einen solchen Terrorakt zu begehen, bei ihm unmöglich vorhanden sein konnte. Aber die politische Polizei, die sich in Polen vornehmlich aus den reaktionär-antisemitischen Kreisen der Nationaldemokratischen Partei rekrutiert, setzte alles daran, die Beurteilung des Steiger zu erwirken, um die in breiten Schichten des polnischen Volkes seit jeher latente Programmschwärzung zu schüren.

Wahrscheinlich wäre ihr dieser geplante Justizmord auch gelungen, wenn sich nicht der wirkliche Täter, ein nach Deutschland entkommener ukrainischer Student Dizonsti, freiwillig bei den preussischen Behörden als Täter gemeldet hätte. Durch die von unserem Genossen Dr. Badi im preussischen Landtag eingebrachten Drohe Anfrage wurde die Tatsache allgemein bekannt und sie erregte in der ganzen Welt, vor allem in Polen selbst, ungeheures Aufsehen. Selbstverständlich schürten zunächst wieder die Bemühungen der Behörden noch die polnische Regierung von dieser sensationellen Enthüllung Ratilg nehmen zu wollen. Erst der Druck der sozialdemokratischen und liberalen Presse ganz Europas, einschließlich Polens, veranlaßte die Warschauer Regierung, sich das amtliche Material über die Selbstbezichtigung Dizonstis auf diplomatischem Wege zu besorgen. Eine nochmalige ausführlichere Erklärung Dizonstis zerstörte endgültig die Anklage der Staatsanwaltschaft.

Trotzdem fanden sich die Anklagevertreter nicht bereit, die Anklage sofort fallen zu lassen, sondern sie versuchten mit neuen, von antisemitischen Kreisen in Leipzig und Wien gestellten Besetzungszugungen, die Beurteilung dennoch durchzuführen. Der gefällige Freispruch hat nunmehr diesem Skandal ein verbindendes Ende bereitet. Der Steiger-Prozess gehört sicher zu den dunkelsten Kapiteln der neu-polnischen Geschichte, aber die Zweidrittelmehrheit der Geschworenen hat in diesem Fall das Ansehen des polnischen Staates gerettet, der sonst auf die gleiche Kulturstufe wie das Bayern des Tschernbach-Prozesses gesunken wäre.

Frankreichische Kammerdebatte über Cocarno. Nach der französischen Verfassung ist es nicht notwendig, internationale Verträge dem Parlament zur Ratifizierung zu unterbreiten. Auf eine Anfrage hin erklärte Briand jedoch, daß das Kabinett sich entschlossen habe, der Kammer ebenso wie in England und Deutschland einen Besetzungszugung über Cocarno vorzulegen und dadurch eine öffentliche Debatte zu ermöglichen.

Das Polizeibeamtengesetz angenommen.

Der Bergbausetat vom Landtag verabschiedet.

Der Landtag beriet gestern über den Berghaushalt. Abg. Otter (Soz.) berichtet über eine Reihe von Anträgen und Anfragen, die sich insbesondere mit der Schlagwetterexplosion auf der Zeche „Hollaub“ befassen.

Abg. Sobotta (Komm.) berichtet über die Verhandlungen des Handelsausschusses über den kommunistischen Antrag auf Änderung des Reichsstaatsanwaltschaftsgesetzes, wonach die Verwaltungen des Reichsstaatsanwaltschaftsvereins sowie der Bezirksstaatsanwaltschaften allein in die Hände der Versicherer zu legen sind, Kronrenten und Sozialrenten erhöht und Pensions- und Dienstalter der Bergarbeiter herabgesetzt werden.

Abg. Pinkert (D. Sp.) bittet nochmals um Zurückverweisung.

Bei den Abstimmungen

wird im Hauhaushalt ein kommunistischer Antrag mit 213 gegen 94 Stimmen angenommen, der fordert, daß unverzüglich das im angenommenen Antrag vom 3. Juli 1925 verlangte Prämienverbot durchgeführt wird.

Ein Antrag des Abg. Krämer-Recklinghausen (D. Sp.) auf Zurückverweisung des Antrags an den Ausschuss, der die Verwendung elektrischer Grubenlokomotiven im ausgiebigen Wettbewerb verbieten will, wird gegen die Rechte abgelehnt. Der Antrag selbst wird mit großer Mehrheit angenommen.

Annahme findet auch ein kommunistischer Antrag, der eine ausgebehutete Kontrolle der Seifenschnitten verlangt.

Weiter kommt zur Annahme ein Ausschussantrag, der das Staatsministerium ersucht, zu prüfen, inwieweit durch Einführung der fünfjährigen Wochenfrist die planlosen Feiertage beseitigt werden können.

Auch der Antrag des Zentrums wird angenommen, der Verhandlungen für die Wiederinbetriebsetzung der Zeche „Alter Hase“ und eventuelle Bereitstellung eines Kredites bis zur Höhe von vier Millionen Mark für diesen Zweck wünscht.

Schließlich wird der Gesetzentwurf über die Feststellung des Haushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1926 angenommen.

Bei der Beratung der Anträge über

die Arbeitslosigkeit in Oberschlesien

stimmt Abg. Graf Garnier (Dnat.) den Anträgen des Ausschusses zugunsten der Erwerbslosen zu.

Abg. Franz (Soz.) hätte eine bestimmtere Formulierung der Ausschussanträge in dieser Angelegenheit gewünscht. Das sei aber an den Zuständigkeitsfragen gescheitert. Der Redner gibt dann eine Entscheidung ober-schlesischer Arbeiter bekannt, in der zur Beseitigung der großen Erwerbslosennot sofortige Notstandsmaßnahmen gefordert werden. Die Regierung müsse sich zu diesen Maßnahmen verstehen können. Es sollten z. B. noch dringend Eisenbahnlösungen in Oberschlesien, die die Wirtschaft sehr beleben würden. Dafür sei angeblich kein Geld vorhanden, wohl aber für die Hohenzollern.

Abg. Jaworski (Z.) schildert die Wirtschaftsnote in Oberschlesien, insbesondere die Arbeitslosigkeit. Notstandsarbeiten seien nötig. Die Anschaffung gewisser Kreise, daß der Wohnungsbau keine produktive Kapitalanlage sei, zeige in Oberschlesien schlimme Folgen.

Nach weiteren Erklärungen der Abg. Mehnert (D. Sp.), Jendrosch (Komm.), Kiedel (Dem.) und Haase-Steinig (Wirtsch. Bgg.) tritt das Haus dem Beschluß des Ausschusses bei, der folgende Maßnahmen vorgeschlagen hat:

1. auf die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft mit allem Nachdruck einzumirken, daß sie den für diese Grenzgebiete vorgesehenen stärkeren Abbau von Eisenbahnbetriebsstellen und den weiteren Abbau von Eisenbahnverhältnissen einstellt;

2. unter inoffizieller Förderung des gewerblichen Gewerkschaftswesens in geeigneter Weise Mittel für den gewerblichen Mittelstand flüssig zu machen, die den aus der zunehmenden Erwerbslosigkeit für diese Kreise sich ergebenden Schäden beheben;

3. die seitens einiger Gemeinden begonnenen Notstandsarbeiten tatkräftig zu fördern und ihre weitere Ausdehnung auf das gesamte Grenzgebiet zu veranlassen, insbesondere den Beginn des Baues der beiden Bahnhöfe Rittschütz-Brünnchen und Hindenburg-Borsigwerk im Benehmen mit der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft im Wege zu leiten;

4. gemeinsam mit der Reichsregierung zugunsten der Erwerbslosen diejenigen sozialen Unterstützungsmassnahmen zu treffen, die bei der allgemeinen sozialen Not dieser Grenzgebiete besonders am Platze sind.

Vertagung des Reichstags.

Bis zum 12. Januar.

Die Sitzung wird um 14 Uhr vom Präsidenten Löbe eröffnet.

Der 1. Punkt der Tagesordnung ist die Beratung eines Gesetzentwurfs über die Ausfuhr von Kunstwerken.

Nach kurzer Aussprache wird der Vorlage in allen drei Lesungen zugestimmt.

Beim nächsten Punkt: Leistung der Landesversicherungsanstalt Schlesia beantragt Abg. Wilsa (Z.) die Zurückverweisung der Vorlage an den Ausschuss, da zur Klärung dieser Angelegenheit noch neues Material beigebracht werden müsse.

Die Abg. v. Rhelaboden (D. Sp.) und v. Rittschhausen (Dnat.) verlangen die sofortige Erledigung.

Abg. Wilsa (Soz.) erklärt, daß sich die Sozialdemokraten dem Wunsch nach Zurückverweisung nicht verschließen würden, wenn er von einer größeren Fraktion ausgeht. Das Zentrum macht nunmehr den Antrag des Abg. Wilsa zu dem seinigen. Da die Abstimmung zweifelhaft ist, muß Auszahlung durch „Hammelsprung“ erfolgen. Es stellt sich die Beschlußfähigkeit heraus, da nur 233 Abgeordnete anwesend sind, von denen 130 mit ja und 103 mit nein stimmen. Der Präsident erteilt eine neue Sitzung auf eine Viertelstunde später an.

In der neuen Sitzung stellt der Präsident Löbe den unerledigten Antrag Wilsa (Z.) auf Zurückverweisung der Vorlage über die Leistung der Landesversicherungsanstalt Schlesia zur Abstimmung.

Abg. Stöhr (völk.) bezweifelt die Beschlußfähigkeit des Hauses. Da das Präsidium das Anwesenheitsverhältnis nicht feststellen kann, muß durch Abgabe von Karten festgestellt werden, ob das Haus beschlußfähig ist. Es sind 303 Abgeordnete anwesend, das Haus ist also beschlußfähig. Entsprechend dem Antrag Wilsa wird darauf die Vorlage an den Ausschuss zurückverwiesen.

Auf Antrag des Abg. Guercard (Z.) werden die nächsten Punkte: Ausschussbericht über die Gewährung einmaliger Zuwendungen an Arbeitnehmer und Angestellte des besetzten Gebiets und über die Bereitstellung von Mitteln zur Bekämpfung der in die Pfalz durch französische Truppen eingeschleppten Trichom-Brandheide von der Tagesordnung abgelehnt, ebenso einige Berichte des Verrechnungsausschusses. Darauf wird die 2. Beratung des

Haushalts des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft

fortgesetzt und nach kurzer Aussprache abgebrochen.

Ohne Aussprache werden noch erledigt ein gemeinschaftlicher Antrag aller Parteien zur Optionensuförge, ein Gesetzentwurf über die Befreiung des Weinbauers für die diesjährige Ernte von der Zucksteuer und der Verlängerung des vorläufigen deutsch-portugiesischen Handelsabkommens um ein weiteres Vierteljahr.

Auch die Ausschussanträge zugunsten Ostpreußens fanden nach längerer Debatte einstimmige Annahme. Sie verlangen u. a.: grundsätzliche besondere Behandlung und Unterstützung der Braunkohl-Ostpreußen, Rückforderung der (unwirtschaftlichen) Kreditfuhden erst aus den Einnahmen des Rechnungsjahres 1926, Ueberführung des Personalkredites in Realkredit, schonendes Vorgehen bei Einziehung rückständiger Steuern, Erhöhung des Meliorationsfonds, Mittel für Opianienriedlung und verstärkte innere Kolonisation, Beseitigung der mangelhaften Verkehrsverhältnisse auch durch Errichtung neuer Bahnlücken, verstärkte Unterstützung der ostpreussischen Schulen, auch der landwirtschaftlichen, der Königsberger Handelshochschule und Universität. Schließlich werden noch eine Reihe kultureller und sozialer Wünsche zur Berücksichtigung der Staatsregierung unterbreitet.

Das Haus geht über zur

zweiten Beratung des Schutzpolizeibeamtengesetzes.

Nach Angriffen der Abg. Bork (Dnat.) und Kasper (Komm.) weist Abg. Markwaldt (Soz.) darauf hin, daß das bestehende Schutzpolizeibeamtengesetz zwar nur sehr wenig befriedige, daß aber seine Verlangung auf nur verhältnismäßig kurze Zeit schon deswegen notwendig sei, um die Schutzpolizisten nicht noch schlechter zu stellen als Privatangestellte. Die sozialdemokratische Fraktion halte nach wie vor fest an ihren drei Hauptforderungen: Beseitigung des strengen Verweises vor der Mannschaft, Aushebung der Bestimmungen, die von dem Schutzpolizisten Kadavergehoram fordern, und Beseitigung des Eheverbotes. Die entsprechenden Entschließungsanträge zur Verbesserung der Rechte der Beamten der Schutzpolizei würden zu gegebener Zeit von der Fraktion eingebracht werden.

Abg. Mehnert (D. Sp.) wünscht, daß die Polizeibeamtensaufbahn eine lebenslängliche werde. Dies durchzuführen sei aber gegenwärtig praktisch nicht möglich.

Abg. Barteld (Dem.): Auch den Demokraten wäre es lieber gewesen, wenn die Schutzbeamten jetzt schon in das allgemeine Beamtenrecht einbezogen würden. Daß das nicht möglich sei, liege nicht allein an der Entwaffnungsnote, sondern namentlich daran, daß die Verhandlungen mit der Entente noch nicht zum Abschluß gekommen sind. Im übrigen hätte auch in der Schutzpolizei das Reich das erste Wort.

Abg. Elsner (Z.) weist darauf hin, daß bei der neuen in einem Vierteljahr vorzuliegenden Gesetzesvorlage die Regierung die Wünsche der Beamten selbst erfüllen wolle. Das Zentrum könne diese Bestrebungen nur unterstützen.

Damit schließt die allgemeine Aussprache. Die kommunistischen Änderungsanträge werden dem Beamtenausschuss übergeben.

Die Vorlage wird in zweiter und auch in dritter Beratung und der Schlußabstimmung mit großer Mehrheit angenommen. Um 17 Uhr vertagt sich das Haus auf Freitag 11 Uhr: Vereinfachung der Verwaltung, Grundverordnungsverfahren, Beamtenzulage und kleine Vorlagen.

Heße gegen Otto Braun.

Aus der deutschnationalen Lügenküche.

Die im Landtag in der vorigen Woche von den Deutschnationalen erkundete Agitationslage, der preussische Ministerpräsident Braun habe die Bauern als Nichtsteuer bezogener, wird jetzt in der rechtsgerichteten Provinzpresse in allen Variationen verbreitet. Doch scheint das dieser Sorte Politiker, die die persönliche Verleumdung des politischen Gegners zum Gewerbe gemacht hat, noch nicht zu genügen. So verbreiten sie nach altem bekanntem Muster weiter die Mär, Braun baue sich in der vornehmsten Villengegend Berlins eine Villa, deren Kosten über 100 000 Mark betrage, und täuschen daran einige Bemerkungen über die „Befürworter der Verleumdungen“. Die Wahrheit ist, daß der preussische Ministerpräsident sich in Zehlendorf, einem Vorort Berlins, der vornehmlich von Angehörigen des Mittelstandes bewohnt wird, ein Landhäuschen von fünf, zum Teil recht kleinen Zimmern bauen läßt, um später nach seinem Ausscheiden aus dem Amt ein dauerndes Unterkommen zu haben. Die Baukosten betragen nicht über 100 000 Mark, sondern kaum ein Drittel von 100 000 Mark, d. h. ein Bruchteil der Summe, die deutschnationalen Politiker und Leute, die aus der Verbreitung von Lügen über den politischen Gegner ein einträgliches Geschäft machen, für ihre Willen aufzuwenden in der Lage sind.

Präsident Löbe schlägt hierauf vor, die nächste Sitzung anzuberaumen auf den 12. Januar 1926, nachmittags 3 Uhr.

Abg. Stoeder (Komm.) beantragt, noch morgen eine Sitzung abhalten, um den Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses über die Teinermorde und den Ausschussbericht über das Einspruchsrecht des Reichsrats gegenüber den Beschlüssen des Reichstags zu beraten. Er behauptet, daß im Reichswehrministerium bereits ein Plan ausgearbeitet wurde, um im Januar den Belagerungszustand wegen der drohenden Unruhen verhängen zu können. Der kommunistische Antrag wird abgelehnt, ebenso ein anderer Antrag, schon am 7. Januar eine Sitzung abzuhalten.

Präsident Löbe schließt die Sitzung, indem er den Abgeordneten ein frohes Weihnachtsfest und ein gesundes Neues Jahr wünscht.

Reichstagspräsident Löbe über Amerika.

Ein instruktiver Vortrag.

Der „Berein Berliner Kaufleute und Industrieller“ hatte den Reichstagspräsidenten Löbe aufgefordert, über „Amerikanische Wirtschaftsprobleme und soziale Probleme“ auf Grund der Erfahrungen seiner Amerikareise zu sprechen.

In ein paar charakteristischen Zahlen und Beispielen schilderte Löbe die Lebensart und die Verfahrensweise der amerikanischen Wirtschaft. Drei Punkte wurden in den Vordergrund gestellt: der natürliche Reichtum des Landes und der Vorteil des großen, durch seine Zollstrahlen zerrissenen Marktes — die fortschrittlichen Arbeitsmethoden — und endlich, als das Wichtigste, die amerikanische Wirtschaftsentwicklung, die darauf hinausläuft, die Kaufkraft der Massen zu stärken und zu pflegen und die wirtschaftliche Tätigkeit als „Dienst an der Gesamtheit“ anzusehen.

Woher kommt nun dieser Reichtum, diese ungeheure Kaufkraft der breiten Massen der Bevölkerung dieses Landes? Löbe gab auf diese Frage klar und deutlich folgende Antwort: Die Kaufkraft kommt daher, daß die Unternehmungen die Produktionsverhältnisse, die sie durch Massenherstellung und Vertriebung erzielen, nicht nur als Monopolvergütungen einsehen, sondern im Wege der Warenverbilligung den Massen zufließen — ferner daher, daß man das Einkommen eines jeden über das Existenzminimum hinaus zu steigern trachtet — und endlich daher, daß die Unternehmungen ihre Arbeit als „Dienst an der Menschheit“, „Dienst“ also am Volksganzen, ansehen.

Löbe schloß mit der gerade in diesem Jubelkreis besonders wirkungsvollen Schlussfolgerung, daß es nicht die natürlichen Reichtümer und nicht die Arbeitsmethoden Amerikas allein sind, die dessen wirtschaftliche Ueberlegenheit begründen, sondern die vernünftige Preis- und Lohnpolitik und die Geschäftsgrundzüge des „Dienstes“ an der Allgemeinheit — schnellste Bedienung mit bester Ware zum niedrigsten Preis — „wahrhaft geschäftlich nützliche und im höchsten Sinne vaterländische Grundzüge“. Reichher Beifall der Zuhörerschaft folgte seinen Worten.

Gewerkschaftsbewegung

für die Reichs- und Staatsarbeiter ist nichts übrig.

Jede Wirtschaftsbeihilfe abgelehnt.

Die gestern im Reichsfinanzministerium gepflogene Verhandlung wegen der Gewährung einer einmaligen Wirtschaftsbeihilfe für die Reichs- und Staatsarbeiter einschließlich der Arbeiter der Deutschen Reichspost und der Reichswasserstraßenverwaltung hat zu keinem Ergebnis geführt. Trotz eindringlicher Vorstellungen, in denen die Notlage der Arbeiter dargelegt wurde, lehnte der Vertreter des Reichsfinanzministeriums, Ministerialdirektor Dr. Rotholz, jede Hilfsmaßnahme mit der Begründung ab, daß die Durchführung aus allgemein politischen und wirtschaftlichen Gründen für die Reichsregierung unmöglich sei.

Diese Haltung des Reichsfinanzministeriums steht im schroffsten Widerspruch zu dem Beschluß des Reichstags, durch den den Beamten eine wenn auch unzureichende Hilfe noch vor Weihnachten gewährt wurde.

Die Eisenbahner werden ungeduldig.

Wann kommt es zu Schlichtungsverhandlungen?

Der Reichsarbeitsminister scheint es mit der Bestellung des Schlichters zur Regelung des Lohnstreits zwischen den Eisenbahnarbeitern und der Reichsbahngesellschaft sehr wenig eilig zu haben. Von Tag zu Tag häufen sich bei den Berliner Zentralinstanzen der Organisationen der Eisenbahnarbeiter die Telegramme, die von den Organisationsleitungen fordern, mit allem Nachdruck bei dem Reichsarbeitsministerium darauf zu dringen, daß die Schlichtungsverhandlungen schleunigst eingeleitet werden.

Wir sind gespannt, ob es der Reichsarbeitsminister über sich bringt, die nun schon so oft und so bitter von der Reichsbahngesellschaft gemachten Eisenbahnarbeiter ohne jede Lohnverbesserung in das Weihnachtsfest hineingehen zu lassen.

Sechshr-Ladenschluß an den Ausnahmetagen.

Die gesetzlichen Bestimmungen über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe schreiben ausdrücklich vor, daß an den Ausnahmetagen, an denen ein Geschäftsverkehr zugelassen werden kann, eine Beschäftigung der Angestellten über 6 Uhr abends hinaus verboten ist. Die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels verbreitet nun eine Mitteilung, wonach der Reichsarbeitsminister in einem Schreiben an die Sozialministerien der Länder angedeutet haben soll, daß vielleicht mit Hilfe des § 10 der Verordnung über die Arbeitszeit vom 21. Dezember 1923 die gesetzliche Vorschrift des Sechshr-Ladenschlusses an den Sonntagen außer Kraft gesetzt werden könnte. Es ist anzunehmen, daß es sich hier um eine tendenziöse Entstellung der Auffassungen des Reichsarbeitsministers handelt.

Der Zentralverband der Angestellten hat sich deshalb sofort an das Reichsarbeitsministerium um Aufklärung des Sachverhalts gewandt; er hat gleichzeitig die Sozialministerien der Länder aufgefordert, die zuständigen Verwaltungsbehörden darauf aufmerksam zu machen, daß eine Verlängerung der Sonntagsarbeit über sechs Uhr hinaus ungesetzlich ist.

Die Stilllegung der Stock-Rotorpflug-A.G.

Die zum Rahn-Konzern gehörige Stock-Rotorpflug-A.G. hatte den Rest ihrer Belegschaft von ungefähr 500 Mann am 9. Dezember wegen finanzieller Schwierigkeiten entlassen. Die Ar-

beiter, die schon wochenlang nur Teilbezüge ihres verdienten Lohnes erhalten hatten, bekamen auch bei ihrer Entlassung den ihnen zuzurechnenden Lohn nicht und haben ihn meist bis heute noch nicht erhalten. Sie mußten weiter bei der Aushandlung ihrer Papiere feststellen, daß die Invalidenmarken nicht geliebt waren.

Das sonderbare und verwerfliche Geschäftsgebahren der Konzernleitung in den letzten Monaten scheint überhaupt die Hauptursache für den Zusammenbruch des gesamten Konzerns zu sein. Es erscheint konst und begreiflich, wie der Konzern, dessen einzelne Betriebe und besonders Stock-Rotorpflug technisch gut aufgebaut und reichlich mit Kapital versehen sind, so ausweglos zusammenbrechen konnte.

Der Deutsche Metallarbeiterverband hat sich bei den Regierungsstellen darum bemüht, im Interesse der Belegschaft den Betrieb Stock-Rotorpflug wieder flott zu machen. Das war ihm aber nicht möglich, da die Firma die Unterlagen über den Stand des Unternehmens nicht zur Verfügung stellen wollte.

In einer Versammlung der entlassenen Belegschaft der Stock-Rotorpflug-A.G. am Mittwoch im Metallarbeiterverbandshaus berichtete Lehmann eingehend über die Situation. Er teilte den Versammelten mit, daß sie sich vorläufig keine Hoffnungen auf baldige Wiederöffnung des Betriebes machen könnten, da der Konzern der Firma nach seiner Ansicht unumgänglich sei. Diejenigen, die sich noch nicht arbeitslos gemeldet hätten, sollten dies schnellstens nachholen, um wenigstens in den Genuß der Erwerbslosenunterstützung zu gelangen.

Die Versammelten schlossen sich nach einer eingehenden Aussprache den Ausführungen Lehmanns an und beschloßen weiter, beim Gewerbegericht auf Auszahlung ihrer rückständigen Löhne zu klagen. Lehmann versprach, daß der Metallarbeiterverband die Angelegenheit weiter verfolgen und die Belegschaft erneut unterstützen werde, wenn eine Änderung oder Klärung der Situation eintreten würde.

In Hamburg demonstrierten Erwerbslose.

Hamburg, 17. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) In Hamburg kam es am Mittwoch gegen Mittag zu größeren Ansammlungen von Erwerbslosen vor dem Arbeitsamt. Es bildete sich ein Zug von einigen hundert Personen, der bis zum Rathaus vorbrang und auf dem Rathausmarkt Rundgebungen veranstaltete. Dann griff die Polizei ein und zerstreute die Demonstranten, wobei einige Festnahmen erfolgten.

Entlassungen in der Schokoladenindustrie.

Hamburg, 17. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die Reichardt-Werke in Wandsbek, eines der größten Betriebe der Schokoladenindustrie, werden in den nächsten Tagen fast ihre ganze Belegschaft entlassen. Es werden dadurch 2500 Arbeiter und Arbeiterinnen arbeitslos. Das Werk beschäftigte in guten Zeiten 4000 Arbeiter. Der Betrieb wird vorläufig nur noch mit 300 Arbeitern fortgeführt.

Trohender Konflikt in der Rheinschifffahrt.

Duisburg, 17. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die Lohnverhandlungen für das Rheinschifffahrtspersonal sind gescheitert. Die Arbeitgeber hatten das bestehende Lohnabkommen zum 31. Dezember gekündigt und die Arbeitnehmer zu Verhandlungen über einen Lohnabbau geübt. Der Deutsche Verkehrsband lehnte Lohnabbauverhandlungen, kündigte seinerseits das Lohnabkommen und stellte neue Forderungen, die von Arbeitgebern zurückgewiesen wurden. Falls es nicht durch eine vermittelnde Behörde zu einer Einigung kommt, droht ein offener Konflikt in der Rheinschifffahrt auszubrechen.

Lohnabbau im Malergewerbe.

Köln, 17. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) In dem Lohnkampf der Maler und Anstreicher im Rheinland und Westfalen war der staatliche Schlichter sowohl von Arbeitgeber- als von Arbeitnehmerseite um eine Entscheidung angerufen worden. Die Arbeitnehmer hatten beantragt, die Löhne unverändert zu lassen, während die Arbeitgeber 15 prozentigen Abbau verlangten. Der Spruch des Schlichtungsausschusses hat es für Dezember bei dem jetzigen Lohnstand belassen. Von Januar ab wird aber der Stundenlohn von 1,05 M. auf 1 M. und von 85 Pf. auf 80 Pf. herabgesetzt. Von dieser Lohnreduzierung sind ausgenommen die Städte Köln, Düsseldorf und Greifeld. Es bleibt abzuwarten, ob die Arbeitnehmer sich mit dieser Regelung einverstanden erklären.

Die englische Arbeiterschaft fordert Ratifizierung.

London, 17. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Der Generalkonferenz der britischen Gewerkschaften und das Exekutivkomitee der Arbeiterparteien haben am Donnerstag in gemeinsamer Sitzung ein Manifest beschlossen, in dem die Ratifizierung des Achstundentages gefordert wird. Nachdem eingangs auf den gegenwärtigen Stand der internationalen Arbeitszeitgesetzgebung hingewiesen ist, heißt das Manifest wörtlich fort: „Die gegenwärtige Regierung beansprucht Anerkennung für den in Locarno erzielten diplomatischen Erfolg. Ihre Verpflichtung auf dem Gebiet der Arbeitszeitgesetzgebung ist jedoch nicht minder dringlich, zumal der Versailles-Vertrag, zu dessen Unterzeichnern Großbritannien gehört, den Achstundentag als wesentliche Voraussetzung für den Frieden und das Wohlergehen aller Völker festlegt. Wir appellieren erneut an die britische Regierung, das im Namen Großbritanniens gegebene Versprechen zu erfüllen und das Washingtoner Achstundenabkommen ohne Verzögerung zu ratifizieren.“

Das Manifest ist für die Gewerkschaften von Hugh und Clarine und für die Arbeiterpartei von den Vorsitzenden Williams und Henderson unterzeichnet.

Zu den englisch-russischen Verhandlungen.

London, 17. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Der Generalkonferenz der britischen Gewerkschaften besprach am Mittwoch in einer siebenstündigen Sitzung die durch die jüngsten Beschlässe Amsterdams geschaffene Lage und nahm einen Bericht entgegen über die englisch-russischen Gewerkschaftsverhandlungen in Berlin. Nach einem am Donnerstag ausgegebenen offiziellen Bericht nahm der Generalkonferenz eine Entschließung an, in der das Bedauern darüber ausgesprochen wird, daß Amsterdam die englisch-russische Konferenz auf der von den Briten vorgeschlagenen Basis abgelehnt hat. Der Generalkonferenz fordert die Führer der Amsterdamer Internationalen dinge auf, ihre bisher eingenommene Haltung von neuem einer Überprüfung zu unterziehen.

Von gut unterrichteter Seite wird der Vertreter des „Sozialistischen“ in London darauf aufmerksam gemacht, daß der augenblickliche Verzicht der Briten auf Einberufung einer Einigungs-Konferenz und Zurückverweisung des Problems an Amsterdam geeignet sein werde, die gegenwärtige Spannung zwischen London und Amsterdam zu verringern und den Aussichten einer freundlichen Vereinbarung den Weg zu bahnen. Das britisch-russische beratende Gewerkschaftskomitee werde jedoch inzwischen seine Arbeiten fortsetzen.

Verantwortlich für Politik: Gustav Krentz; Wirtschaft: Artur Osterwey; Gewerkschaftsbewegung: A. Steiner; Aufrüstung: A. D. Böhmer; Rotes und Sonstiges: Fritz Rastbach; Anzeigen: E. Glöckl; Amtslich in Berlin. Verlag: Schwärz-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Schwärz-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 1. Preis 2 Mark und „Malerhaltung und Wissen“.

A. Wertheim

Leipziger Str. Königstr. Rosenthaler Str. Moritzplatz

Frisches Fleisch

- Kalkskamm und Brust Pfund 72 Pt.
- Kalbskeule u. Rücken ganz und gew. Pfund 85 Pt.
- Kammelvorderfleisch u. Rücken Pfund 78 Pt.
- Schweinebauch u. Rücken mit Öl Pfund 110
- Lieser Pfund 113
- Kaßler Rippspeer u. Kamm 128
- Prima Gefrierfleisch Rinderkamm u. Brust, Pfund 58 Pt.

Obst u. Südfrüchte

- Weihnachtsäpfel Ichener von Booskoop, Delft, rote Kostoker, 5 Pfund 1,20, P. d. 25 Pt.
- Amerikaner Pfund 40, 50 Pt.
- Almeria-Weintrauben Pfund 48 Pt.
- Walnüsse Pfund von 32 Pt.
- Kaselnüsse Pfund von 72 Pt.
- Apfelsinen ... Dutzend 38, 45, 65 Pt.
- Zitronen ... Dutzend 40 Pt.
- Italienische Feigen ... Pfund 25 Pt.
- Datteln ... Karton ca. 350 Gramm 75 Pt.
- Ananas ... Pfund von 80 Pt.
- Jamaika-Bananen ... 3 Pfund 1 M.
- Canarische Tomaten Kiste ca. 15 Pfund 193
- Krachmandeln, Traubenrosinen

Landleber 120

- u. Rotwurst Pfund
- Braunschweiger Pfund 150
- Filetwurst Pfund 170
- Zervelatwurst holstein Pfund 198
- Salamiwurst holstein Pfund 195
- Schinkenspeck in 1 Pfund-Stücken, Pfund 210
- Lachsschinken Pariser Art, von 1/2 Pfund an, Pfund 370
- Gänserollbrüste in ganz u. halb, Erläuter, Pfund 388
- Echte Rügenwalder Teewurst Echte Braunschweiger Wurst Weiß u. Thüringer Zervelat u. Salamwurst

Edamer 95 Pt.

- Brie-, Quadratkäse Pfund 65 Pt.
- Tilsiter, Gouda, Gän Pfund 78 Pt.
- Holländer Pfund 115
- Tilsiter vollkorn, Pfund 118
- Schweizer Gänlicher Pfund 150
- Butter deutsche, 1/2 Pfund-Paket 102 85 Pt.
- Butter dänische, Pfund 215
- Margarine Pfund 80 Pt.
- Speise-Talg Pfund-Pak. 64 Pt.
- Kokosfett 1-Pfund-Paket 66 Pt.
- Möhren gewaschen 2 Pfund 15 Pt.
- Zwiebeln 2 Pfund 15 Pt.
- Seilerie Pfund 10 Pt. 18 Pt.
- Rosenkohl Pfund 28 Pt.

Lab. Karpfen 110

- Pfund 1,35, ganze Fische Pfund 24 Pt.
- Kabeljau Pfund 24 Pt.
- Rotbarsch ob. Kopf, Pfund 26 Pt.
- Schellfische Pfund 35 Pt.
- Zander Pfund 98 Pt.

Konserven

- Gem. Gemüse Dose 1/2 235
- Kaiserschoten ... 250
- Prinzebohnen (Haricots verts) 165
- Stangenspargel extra stark 395
- Pflaumen mit Stein 85 Pt. ohne Stein 65 Pt.
- Apfelmus a. geschält, Äpfel 65 Pt.

Sprotten Pfund 52 Pt.

- Orig.-Klischen 45 Pt. 55 Pt.
- Schellfische gebr. Pfund 42 Pt.
- Rotbars, Seelache geräuchert, Pfund 50 Pt.
- Fettbücklinge Pfund 65 Pt.

Schattenmorell ohne Stein 185

- Ananas Hawaii 1. Scheib 220
- Pflaume halbe Frucht kalifornische 260
- Preiselbeeren 10 210 420
- Lachs gekocht, amerik. 120
- Kronenhummern Dose 1/2 mit Scheren und Schwänzen, 1/2 D. 450 9 M.

Astrachan-Beluga-Kaviar 750

(nur Leipziger Straße), großes Korn, 1/4 Pfund

Wein

- Tarragona Rot 135
- Gold-Malaga 165
- Douro Portwein (Calem-Opporto) 265
- Sherry lightgold (Marquis Merlot) 265
- Insel Madeira (Abudharham, Funchal) 3 M.
- 1922 Domaine de Novéant französischer Rotwein 155
- 1922 Château La Grolet Prop. Lacroix Bordeaux 150
- 1918 Chât. Courillac Bordeaux 275
- 1917 Fleury Burgund. 225
- 1921 St. Croix du Mont 275
- 1921 Oppenheim Krötenbrunnen Kröten Rheinw. 210
- 1921 Piesporter Mosel 215
- Jamaika-Rum-Verschn. „Extra“ ** 440
- Weinbrand Kempe „Exquisit“ ... 480
- Fruchtschaumwein vorz. Qual., m. Flasche 145
- A.W. Spezial Cuvée gut. Tafelwein, Flascheng. 4 M.

Lebensmittel

Freitag und Sonnabend, soweit Vorrat. Leicht verderbliche Artikel können nicht zugesandt werden.

Wild u. Geflügel

- Fettgänse gefroren Pfund 110
- Feine Bratgänse (Halermast) Pfund 133
- Fasanenhähne Stück 475
- Hasen gestreift u. ass. mit Fell gewor. en, Stück 113 495 725
- Hirschfleisch Ragout Pfund 45 Pt. Dillier 30 Pt.
- Rücken, Pfund 128 Keulen, Pfund 140
- Rehkeulen Pfund 210

Back-Artikel

- Weizenmehl Pfund 20 Pt.
- Auszugmehl Pfund 23, 28, 30 Pt.
- Kartoffelmehl Pfund 18 Pt.
- Maispuder Pfund 24 Pt.
- Weizenpuder Pfund 52 Pt.
- Weißer u. bauer Mohn Pfund 75 Pt.
- Sultaninen Pfund 78, 98 Pt.
- Rosinen Pfund 58, 80 Pt.
- Korinthen Pfund 50, 68 Pt.
- Mandeln groß und bitter Pfund 270 320
- Zitronat Pfund 320 370
- Orangeat Pfund 140
- Selbsttätiges Backmehl 1 P. d. 43 Pt.
- Vanille-Schoten, Vanillin-Zucker

Im Wintergarten Leipziger Straße

Palmen-Verkauf

Stück 2 M 3 75 5 75 11 M

Große Auswahl in Weihnachtskronen u. Arrangements

Frisch gebrannt. Kaffee 6 Sorten von 2 60 bis 4 60

Honigkuchen, Schokolade

Marzipan, Präsentkörbe



Oetker's Backpulver

„Backin“ Paket 3 Pf.

Millionen für die Erwerbslosen.

Neuer Kurs im Rathaus. — Die Kommunisten bewilligen Steuern.

Gestern hat die Stadtverordnetenversammlung die bekannte Notstandsverordnung des Magistrats, die aus den Anträgen der sozialdemokratischen und kommunistischen Fraktionen hervorgegangen ist, verabschiedet. Gewiß ist das, was die Stadt Berlin durch diese Beschlüsse für die Erwerbslosen leisten kann, angesichts der ungeheuren Not nicht ausreichend. Aber gegenüber der Gleichgültigkeit und Passivität, die die Reichsregierung und geschäftlich von ihr die Mehrheit des Reichstages an den Tag legen, zeigen die Berliner Beschlüsse wenigstens den Willen, nach Kräften zur Linderung der Not beizutragen. Wir glauben nicht, daß damit alles geschehen ist, was geschehen muß, aber das Eingreifen des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung ist immerhin eine Tat. Sie ist um so höher zu bewerten, als die finanzielle Lage der Stadt, wie jetzt wohl allgemein anerkannt wird, keineswegs glänzend ist. Die langen Beratungen über die Deckung der durch die Ausgaben entstandenen Lücke im städtischen Haushalt haben zur Genüge gezeigt, wie schwer es unter dem geltenden Finanzgleichgesetz der Stadt wird, ihren sozialen Verpflichtungen nachzukommen.

Die gestrige Stadtverordnetenversammlung hat aber eine Bedeutung grundsätzlicher Natur, die weit über die bloße Tatsache hinausgeht, daß für die Erwerbslosen Hilfsmittel zur Verfügung gestellt werden. Zum erstenmal haben die Kommunisten bei einer großen und entscheidenden Aktion eine Haltung eingenommen, die als eine wirkliche Vertretung von Arbeiterinteressen bezeichnet werden kann. Sie haben endlich angesichts der Not der Erwerbslosen und angesichts des Zwanges, nicht nur Phrasen zu drehen, auf die Sozialdemokraten zu schimpfen und Hilfe beim Ausbruch der kommenden Revolution anzufordern, sich dazu verstanden, auch unter dem geltenden Steuersystem Deckung für die notwendig gewordenen Ausgaben zu bewilligen. Sie haben der Erhöhung der Grundsteuer um 50 Proz. zugestimmt, sie haben die Erhöhung der Bruttoabgaben der Werte von 5 auf 8 Proz. bewilligt und sie haben die Erhöhung der Hundesteuer (welch Verstoß gegen alle revolutionären Prinzipien!) mit einem noch nicht dagewesenen Eifer verteidigt. Die Begründung, die der Kommunist Schwend für die Zustimmung seiner Fraktion zu den Deckungsbeschlüssen des Haushaltsausschusses gab, war nicht nur eine Schwendung, sondern ein vollständiger Bruch der bisherigen Theorie und Praxis der kommunistischen Kommunalpolitik. Jahrelang haben die Kommunisten im Rathaus unsere Genossen als Verräter beschimpft, weil sie mit Rücksicht auf die geltenden Steuergesetze des Reiches und Landes die Erträge der städtischen Werte zu einem Teil für den Haushalt herangezogen haben. Die berühmten „dreißig Millionen“, die aus den Werken mit Zustimmung der Sozialdemokratie „standloserweise“ für Räumereizwecke vermandt wurden, waren eines der Hauptzugmittel der kommunistischen Bahlagitation. Die Bewilligung der Grundsteuer war eine der größten „Gemeinbeläten“, die auf unser Schuldkonto zu setzen war. Und gar die Hundesteuer hatte es den revolutionären Strategen ganz besonders angetan. Noch vor zwei Tagen spürte man die prinzipiellen Bedenken in einem Bericht der „Roten Fahne“ über die Ergebnisse der städtischen Ausschussberatungen. Gestern gingen die Kommunisten noch weiter: sie genehmigten sogar ausdrücklich noch einmal den Steuerverteilungsbeschluss für das Haushaltsjahr 1925 und setzten damit feierlich ihr Moskauer Inflagel unter die sozialdemokratische Finanz- und Steuerpolitik der letzten Jahre. Endlich scheinen sie begriffen zu haben, daß eine Arbeiterpartei, die im Rathaus für die Interessen der werktätigen Bevölkerung arbeitet, auch die unangenehmen Konsequenzen ziehen und Steuern „im kapitalistischen Staat“ auf Grund „kapitalistischer Steuergesetze“

bewilligen muß. Wir wollen es den Kommunisten nicht nachtragen, daß sie jahrelang unsere Haltung als „Arbeiterverrat“ verleumdet haben. Wir wollen uns freuen, daß sie sich endlich eines Besseren besonnen haben und daß durch ihre Befehung das positive Eintreten der Sozialdemokratie für die Not der Erwerbslosen ganz wesentlich erleichtert worden ist. Wir hoffen, daß diese veränderte Haltung der Kommunisten im Berliner Rathaus über Berlins Grenzen hinaus auch auf andere Rathäuser abfärben möge. Und wir sind überzeugt, daß ihre unsinnige und den Arbeiterinteressen schädliche Haltung, die sie zu ähnlichen Fragen in den Landesparlamenten und Gemeinden bisher eingenommen haben, nun endlich revidiert wird. Der Mut zur Verantwortlichkeit und der Wille, gelegentlich auch eine unpopuläre Maßnahme durchzuführen, wenn das im Interesse der werktätigen Bevölkerung liegt, ist die Voraussetzung dafür, daß die Arbeiterbewegung wieder zum einheitlichen und geschlossenen Handeln kommt.

Die Sozialdemokratie im Berliner Rathaus kann deshalb auf die Ergebnisse der gestrigen Sitzung mit einer besonderen Genugtuung zurückblicken. Es ist ihre Tatkraft und ihre Auffassung von Arbeiterpolitik, die sie durchgesetzt hat. Wird dieser Weg weiter gegangen, dann wird es möglich sein, auch weitere Erfolge für die Berliner Bevölkerung zu buchen. Das Rückzugsgesicht mit einer Reihe von Anträgen nehmen wir dabei ebenso wenig ernst, wie die Kommunisten es selber nicht ernst genommen haben. Ihre Schwendung zu den Steuerfragen ist das entscheidende.

Die gestern abgehaltene Sitzung der Stadtverordneten nahm zunächst die Wahlen für die Mitglieder des Stadtrates vor. Es waren Listen von den Sozialdemokraten, den Deutschen Nationalen, Kommunisten, der Deutschen Volkspartei und den Demokraten eingereicht worden. Gewählt wurden von unserer Fraktion die Genossen Cheminski, Heilmann und Dr. Weinberg, zu Stellvertretern Dr. Voemy, Haß und Genossin Weyl. Von den Deutschen Nationalen wurden Dr. Steiniger und Fabian, von der Volkspartei Hallensleben, von den Kommunisten Dr. Meyer und von der demokratischen Fraktion Oberbürgermeister Böß gewählt.

Dann wurde die Neuwahl der unbesoldeten Stadträte vollzogen. Gewählt wurden: die Sozialdemokraten Frau Weyl, Dr. Treitel, Schlichting und Ahrens. Die SPD. bracht Goebel und Rebe durch, die Deutsche Nationalfraktion Wege, Dr. Richter und Frau Krausler, die Demokraten Rah, die Volkspartei Benede und die Wirtschaftspartei Busch. — Die Versammlung ging dann an die Beratung der Deckungsvoorlage für die Mehrausgaben aus Anlaß der

Notstandsmassnahmen zur Linderung der Erwerbslosigkeit.

Der Haushaltsausschuss hatte die vom Magistrat beschlossenen Notstandsmassnahmen gutgeheßen. In bezug auf die Deckungsvoorlage schloß sich der Ausschuss ebenfalls dem Vorschlag des Magistrats an. („Vorwärts“ von gestern Abend.) Rathe von der SPD. brachte eine Reihe von Zusatzanträgen ein. Dose (Dem.), Schwend (SPD.) und Steiniger (Dnat.) erklärten, wenn auch mit gewissen Einwendungen, die Zustimmung ihrer Fraktionen zur Deckungsvoorlage. Genossin Lodenhausen begründete folgenden Zusatzantrag der sozialdemokratischen Fraktion: „Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat, Mittel zur Kinderpeisung und Kindererhaltungsfürsorge zur Verfügung zu stellen. Die Versammlung beantragt ferner den Magistrat, beim Ministerium für Landwirtschaft und Ernährung die Ausschüttung von Mitteln für Kinderpeisung zu beantragen.“

Unsere Rednerin teilte mit, daß mit Beginn des nächsten Jahres die Mittel der Bezirksämter für Schulpeisungen und Erhaltungsfürsorge erschöpft seien. Wir wissen, daß der Magistrat mit seinen

Mitteln haushalten muß, deshalb haben wir im zweiten Absatz unseres Antrages den Weg gezeigt, wie die Mittel zu beschaffen sind. Genosse Ulrich: Die Zusatzanträge der Kommunisten bedeuten eine Verzögerung der ganzen Notstandsmaßnahme, weil sie eine neue Ausschussberatung nötig machen.

Wir Sozialdemokraten sind allerdings der Auffassung, daß den Erwerbslosen sofort geholfen werden muß

und im Ausschuss sind alle Parteien, einschließlich der Kommunisten, derselben Meinung gewesen. Deshalb sollte man durch solche Zusatzanträge, wie sie vorliegen, nicht das ganze Hilfswerk gefährden. Dem Antrag der SPD. auf Durchführung und Wiedereinführung der 48-Stunden-Woche in den städtischen Betrieben, Verwaltungen und Gesellschaften werden auch die Sozialdemokraten zustimmen. Genosse Reuter gibt seiner Freude darüber Ausdruck, daß von allen Seiten des Hauses die Notwendigkeit anerkannt wird, zur Erhebung der Not der Erwerbslosen sofort Mittel bereit zu stellen. In der Abstimmung wird zuerst der Zusatzantrag unserer Fraktion angenommen. Die Linke des Hauses nimmt ferner den Antrag betreffend der 48-Stunden-Woche an. Unter Ablehnung aller kommunistischen Währungsanträge wird sodann der Haushaltsbeschluss nahezu einstimmig angenommen. Angenommen wurde ferner ein Antrag, den Erwerbslosen mit eigenem Haushalt die Hauszinssteuer zu erlassen. — Die Festsetzung der Beiträge für die Berufsschulen wird nach der Magistratsvorlage angenommen, ebenso wird die Verpachtung des Kieselgutes Münchhofe beschlossen. Nach einem Ausschussbericht der Genossin Fahrenwald beschloß die Versammlung die Erhöhung der Hundesteuer für das letzte Vierteljahr des Rechnungsjahres mit der Maßgabe, daß der Mehrertrag für die Wohlfahrtspflege bereitgestellt wird. Ein Antrag unserer Fraktion, den Erwerbslosen für die Dauer der Erwerbslosigkeit die Hundesteuer zu erlassen, wird gegen die Stimmen der rechten Seite angenommen. Nach Erledigung und Kenntnisnahme einer Reihe von Vorlagen trat die Versammlung in eine nichtöffentliche Sitzung ein.

Die Not der Berliner Bevölkerung in Zahlen.

Am Mittwochabend wandte sich der Bürgermeister Schöly mit einer Rundfunkansprache an die Berliner Bevölkerung, um sie zur tätigen Mithilfe an der städtischen Wohlfahrt aufzufordern. Der Redner schilderte zuerst die große Not, in der sich zuerst der erste Teil der gesamten Berliner Bevölkerung befindet, der von Unterstützungen leben muß. Die städtische Wohlfahrt hat zurzeit rund 205 000 Sozialrentner, Kleinrentner und sonstige laufend unterstützte mit ihren Familienangehörigen zu betreuen. Sie habe zu sorgen für über 80 000 Kriegsbeschädigte und Kriegsernterlebende und zu diesen Zahlen träten jetzt in der Zeit der Arbeitsnot nach der letzten Zählung rund 145 000 erwerbslose Arbeitsuchende, von denen bis jetzt rund 75 000 Unterstützung empfangen, hinzu. Im ganzen leben gegenwärtig 360 000 Berliner Bewohner von Unterstützung. Diese Not wirkt sich in den verschiedensten städtischen Einrichtungen aus. Die Aufnahmen im städtischen Obdach sind vom 1. Oktober bis zur Zeit von rund 2000 Personen auf 4500 angewachsen. Die tägliche Portionenanzahl der großen städtischen Tafelküche in der Trendelstraße hat sich in der gleichen Zeit von 7500 auf 11 000 vermehrt. Die Zahl der entlassenen Strafgefangenen, die die Fürsorge der Stadt gemeinsam mit der freien Wohlfahrtspflege in Anspruch nehmen, hat sich im letzten Vierteljahr mehr als verdoppelt. In vielen Fällen steht hinter einer einzigen dieser Zahlen eine große notleidende Familie; in vielen Fällen bedeutet die wirtschaftliche Not der Erwerbslosigkeit zugleich schwerste gesundheitliche und erzieherische Gefährdung einer ganzen Familie. Diese Hilfe der Stadt wird im Laufe des Winters einen Aufwand von über 3 000 000 M. erfordern. Bedürftigen und arbeitsfähigen unwilligen Erwerbslosen, die keinen Anspruch auf Erwerbslosenunterstützung haben, gibt die Stadt eine Erwerbslosenhilfe aus Wohlfahrtsmitteln. In allen Verwaltungsbezirken sind jetzt Barmehallen geöffnet und die Volkspfeisungen, sowie die Wohlfahrtspeisungen werden in erhöhtem Maße in Anspruch genommen. Die Stadt versucht, Erwerbslose bei der Kanalkation und bei Bahnen zu schaffen. Alle diese städtischen Maßnahmen erfordern einen Betrag von 20 000 000 M. und noch mehr, aber sie vermögen das Elend nicht völlig zu bannen. Dagegen begrüßt die Stadt dankbar alle Bestrebungen der organisierten freien Wohlfahrtspflege aller Richtungen. Schließlich wendet sie sich an die Berliner Bevölkerung mit der Bitte, Wohlfahrtsbrieftafeln zu kaufen, deren Ertrag der Stadt zuzieht.

Die Passion.

Roman von Clara Viebig.

Wanda war aus dem Osten gekommen, einfach aufs Geratewohl nach Berlin gekommen; sie hatte keine Eltern mehr und auch sonst keine Verwandten, sie wollte sich irgendeinen Verdienst hier suchen. Sie hatte keinen gefunden. Aber auf der Straße war sie ungesunden eines Nachts, weil sie kein Obdach hatte, und vor Entkräftung, und weil ein Kerl sich über sie hergemacht hatte; sie war ganz kaputt. Mit einer schauernden Neugier hörte Eva zu. Ihre Augen schielten nach jener hin, die so Entsetzliches erzählt. Aber Wanda selber war ganz wohlgenut. Nun war ja alles nicht mehr so schlimm, nun hatte der gute Doktor sie wieder zusammengeführt, und das gute Schwesterchen dämmte ihr alle Lage die Haare; es waren keine Bäume mehr darin. Sie hatte es eigentlich besser hier, als sie es in der Heimat gehabt hatte, aber sie wollte doch wieder dorthin zurück. Sie hatte solche Sehnsucht. Wenn sie nur jemanden wüßte, der ihr das Geld zur Fahrt schenkte. Aber sowie sie hier einlassen wurde, ließ sie sich die Haare abschneiden, verkaufte die — Eva sah, wie lang und stark sie waren, mächtige Haare —, für das Geld kam sie schon ein gutes Stück weit, und dann bettete sie sich einfach durch, ließ Tag für Tag, lag nachts in einem Heuschaber oder unter einer Hecke. Sie lachte, wenn sie davon sprach, und ihre schwarzen Augen glänzten. Sie war eine Bagambdin, aber sie hatte Eva lieb.

„Du sollst mit mir kommen,“ sprach sie. „Ich habe keinen, du hast keinen, komm, wir werden zusammengehen!“

Aber Eva schüttelte den Kopf; wenn es sie auch verlockte, mit Wanda in die weite blaue Ferne zu ziehen, so konnte sie das doch nicht, sie hatte ja doch jemanden. „Wenn es bei der Tante gar nicht mehr geht, dann werche ich schon leben!“ — daran klammerte sie sich. Nachts, wenn sie nicht fest schlafen konnte, durch die ständige leise Unruhe im schwach erleuchteten Saal immer wieder aufgeschreckt, denn bald drehte sich in diesem Bett eine, bald in jenem, bald setzte es hier, bald ächzte es dort, und die Nachtwache bewegte sich auf schleichenden Füßchen die Reihen entlang und beugte sich über dieses Bett und über jenes, dann dachte sie immer an dieses trübselige Wort. Rumellen wurde im Grauen des Morgens eine hinausgeschafft und kam nicht mehr wieder — wo war sie hingekommen? Man flüsterte davon. In diesem

wirken halbawachen Zustand, zwischen Geräuschen, die sie anfangs erschreckt hatten, an die sie aber jetzt gewöhnt war, träumte Eva von ihrer Frau Bessel. Da stand die zwischen dem Bett von Wanda und ihrem Bett, in dem schmalen Durchlaß, nahm die siedernde abgemagerte Krankenhand zwischen ihre kühlen glatten Finger und lächelte: „Nur Mut, kleine Eva, ich werde schon sorgen.“ Ihre Augen blühten wie Sterne durch die trübe Nacht des Krankenlaals.

Dann streckte Eva die Arme aus und warf sich unruhig. Sie wußte dann auf einmal nicht mehr: stand da die schöne Dame oder ihre Mutter?

„Du mußt ruhig liegen,“ sagte Schwester Johanna am Morgen. „Schwester Ida, die die Wache hatte, beklagt sich, du hättest wieder sozial angegeben. Das geht nicht, du störst die anderen.“ Es sollte streng klingen, aber das brachte Schwester Johanna nicht fertig. Die Kleine tat ihr leid, sie war die Jüngste im Saal und im ganzen ein geduldiges Wesen; es war hart, so jung zu sein und dann schon hier liegen zu müssen. Sie beugte sich über das Mädchen und strich ihm das schmal gewordene Gesicht. Eva hätte gern beide Arme um den Nacken der hübschen Schwester gelegt und sie auf den Mund geküßt, aber dem wick Schwester Johanna immer aus.

Ob denn Frau Bessel noch nicht kam? Eva wurde immer sehnsüchtiger, sie wartete ungeduldig. Der Onkel hatte gewiß ihre Bestellung nicht ausgerichtet, der Dame nicht wissen lassen, daß es ihr schlecht ging. Sobald der Onkel wieder herkam, mußte sie ihn befragen. Aber er ließ sich nicht sehen. Wohl aber erschien an einem Sonntag die Tante. Da war der ganze Saal voll mit Menschen, nur bei Wanda stand niemand.

Frau Ella war sehr schlechter Laune, die Besuchsstunde lag so unbequem zeitig am Nachmittag, nun konnte sie das Geschirr vom Essen erst am Abend abwaschen; ein ganz verpöhlter Sonntag. Aber Stefan hatte sie so angetrieben: „Geh du doch mal hin, ich war ja schon mal da.“ Sie legte eine Tafel Schokolade und eine Düte Pfirsichen auf Evas Bett. „Na, Eva, wie geht es dir denn?“

„Ganz gut,“ antwortete Eva. „Sie sind alle freundlich zu mir. Es ist nur so schrecklich, immer zu liegen. Und dann, was sie alles mit einem machen!“

„Was machen sie denn mit dir?“ Nun war die Frau Wilkowskis interessiert; jetzt würde man doch dahinterkommen, was Eva eigentlich fehlte. „Quecksilber —? Reee, was du nicht sagst! In was ist die Kur denn, gegen was soll die

helfen?“ Sie war neugierig, aber sie konnte es nicht erfahren, gegen was die Kur war. Denn Eva wußte es auch nicht.

„Aber ich fühle mich doch schon besser,“ sagte Eva. „Nur das Zahnfleisch tut mir oft weh; das kommt von dem eiligen Einnehmen. Und dann läuft mir auch immer das Wasser aus dem Mund.“

„Ich hab's dir ja immer gesagt, du sollst dir besser die Zähne putzen.“

„Ich spüre hier immer mit Wasserstoff,“ sagte Eva.

„Was hat Irma für schöne gesunde Zähne!“ Und Frau Ella fing an zu erzählen, was Irma überhaupt für ein Glück hatte, gleich von der Handelsschule weg hatte die eine gute Stellung bekommen, und nun hatte sie auch einen Herrn kennengelernt, nicht bloß so einen, der mit ihr ging, nein, der dem wurde sie Privatsekretärin, sowie er sein Bureau aufmachte.

Aber das interessierte Eva alles nicht. Sie sah die Tante am Kleid, sie hatte Angst, die könnte fortgehen, ehe sie ihr Anliegen vorgebracht hatte. „Weißt du nicht, Tante, ob Onkel an Frau Bessel geschrieben hat, daß ich krank bin?“

Rein, das wußte Frau Ella nicht. Was würde das die Dame auch groß interessieren!

Aber Eva beharrte darauf: „Doch, doch.“ Und dann bet sie, so innig, wie die Tante sie noch nie hatte bitten hören: „Ach, bitte, bitte, erinnere doch Onkel daran. Er hat es gewiß noch nicht getan, sonst wäre Frau Bessel längst hier gewesen.“

Frau Ella jubelte die Achseln: das beweist sie, die feine Dame hatte wohl anderes zu tun, als hier die Eva zu besuchen. Aber sie sagte das nicht laut.

„Bitte bitte, liebe gute Tante, denk doch dran! Wenn du es Onkel sagst, tut er es gleich.“

Als die Tante gegangen war, lag Eva ganz schwach da. Sie schloß die Augen, und langsame Tränen sickerten ihr über die Wangen. Nun glaubte sie es ganz genau zu wissen, daß Frau Bessel noch nicht benachrichtigt worden war. Das war schändlich! In ihrer Empörung über so viel Vergeßlichkeit wurde ihr die eigene Ohnmacht erst recht fühlbar.

Im Bett nebenan hatte Wanda, die keinen Besuch bekommen hatte, aufmerksam zugehört. Nun stützte sie sich ein wenig auf den Ellenbogen und den Kopf in die Hand, so daß ihr die starkdrähligen Haarlocken lang über den groben Bettkissen hingen, und guckte hinüber zu Eva. „Was meinst du denn?“

Eva schluchzte. (Fortsetzung folgt.)

Befitzer stellen die Deutschnationalen. Zum Protokollführer wurde der Genosse Gilmelster wiedergewählt.

16. Bezirk — Köpenick.

Am Mittwoch, den 16. Dezember, trat die neue Bezirksversammlung zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Bürgermeister Gen. Kohl verpflichtete die Bezirksverordneten. Als Vorsitzender für die Bezirksversammlung wurde durch Zuzug Genosse Wolf bestätigt. Für den Stellvertreter erhob als zweitstärkste Fraktion die „bürgerliche“ — Deutschnationale unter Angliederung eines Böttchers — Anspruch. Der kommunistische Vertreter Rebe nahm für seine Partei die Befehlsbefugnis in Anspruch und setzte sich in einer Dauerrede für die „Diktatur des Proletariats im Bezirksparlament“ ein. Er wurde vom Genossen Reuter gebührend abgefertigt. Die Abstimmung ergab die Wahl des deutschnationalen Bezirksverordneten Rier als Stellvertreter des Vorsitzenden. Zu Schriftführern wurden je ein Mitglied der kommunistischen und liberalen Bürgerfraktion gewählt. Die Wahl der Deputations- und Kommissionsmitglieder vollzog sich nach den Vorschlägen der einzelnen Fraktionen reibungslos. Dann folgte die Beratung einer von unserer Fraktion am 23. November an das Bezirksamt gerichteten Anfrage, und eines Antrages der Kommunisten zu dem Elend der Erwerbslosen. Wieder hatte der Vertreter der Kommunisten, Rebe, eine Dauerrede aufgelegt, deren Tönen trotz größter Kraftanstrengung wirkungslos verpuffte. Der Vertreter des Bezirksamts, Genosse Stadtrat Wendig und unsere Genossen Reuter, Kohde, Talsdorf erbrachten den Nachweis, daß praktische Arbeit, die im Interesse des Raifandes in die Wege geleitet ist und daß die sachliche Bearbeitung dieser wichtigen Fragen den Raifstand eher mildern werde als große Worte und überspannte Anträge. Nach der Erledigung der Anfrage und des Antrages vertagte sich die Versammlung in später Stunde.

Um das Wohnungsbauprogramm.

Vor kurzem fand im Vortragsaal des Gesundheitshauses im Bezirk Kreuzberg eine Sitzung der Abteilungsleiter der SPD. Statt, an der etwa 120 Genossen teilnahmen. Einleitend gedachte Gen. Landgerichtsrat Ruden der Verdienste des unerwartet verstorbenen Genossen Bürgermeister Kahle, der das Gesundheitshaus geschaffen und damit für die Aufklärung der Bevölkerung in Gesundheits- und Wohnungskulturfragen wirken wollte. Die Versammlung ehrte das Andenken des Verstorbenen durch Erheben von den Füßen.

Danach sprach Stadtrat Gen. Hermes-Steglich über: Die brennendsten Fragen der Berliner Wohnungspolitik. Er betonte lebhaft, daß zur Behebung der Wohnungsnot in Berlin bisher fast nichts getan worden sei. Die Schuld hieran trüge zwar einerseits die bürgerliche Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung und des Magistrats sowie der Städtebaudirektor Ellert. Er begrüßte das Vorgehen der Gewerkschaften, die endlich Richtlinien für ein Wohnungsbauprogramm aufgestellt haben. Er bedauere jedoch, daß seine Auffassung über diese Richtlinien in vielen Beziehungen von dem Programm der Gewerkschaften abwichen. Er legte dann seine eigenen Richtlinien für die zukünftige Wohnungsbaupolitik der Stadt Berlin vor. Er erklärte: 1. Es werden nicht 20.000, sondern 20.000 Wohnungen jährlich in Berlin zu bauen sein, wenn man den Zustrom befriedigen und ein Abnehmen der Wohnungslosen in absehbarer Zeit erzielen will. — 2. Der Neubau sollte nicht durch gemeinnützige Gesellschaften oder Genossenschaften erfolgen, sondern durch eine eigene Dienststelle der Stadtverwaltung in eigener Regie der Stadt. Diese Stelle muß unter einem energischen, erfahrenen, sozialdenkenden Baudirektor stehen, der mit diesen Eigenschaften Organisationsstalent und Tatkraft verbindet sowie eingeschlossen ist, allen Gegenströmungen entgegenzutreten. — 3. Für die Ausführung sind Bauarten und der Verband sozialer Baubetriebe heranzuziehen. — 4. An Stelle des Großeinkaufs der

Baustoffe, als Ring der Baustoffkonzumenten, muß die Konkurrenz durch Eigenproduktion treten. Die Stadt muß eigene Baustoffbetriebe, und zwar Ziegeleien, Sägewerke, Kalkbrennereien, Zementwerke und Großschleiereien anlegen, geleitet nach kaufmännischen und technisch modernen Grundzügen. — 5. Normung und Typisierung muß durchgeführt werden. Bei der Bauausführung müßte und könne doch die Gleichförmigkeit vermieden werden. — 6. Die Anfuhr der Baustoffe muß durch Stroßenbahn und eigenen Fuhrpark erfolgen.

Auf jede Weise der Herstellungspreis vermindert werden, um die Mieten billig halten zu können. Die Finanzierung müßte aus Hauszinssteuermitteln erfolgen. Wenn die gesamten 222 Millionen, die Berlin aufbringt, hierfür verwendet werden könnten, so wäre dies sehr wohl möglich. Die Zinsen und Tilgungsraten der Hauszinssteuer aber müßten wiederum zur Verbilligung der Mieten Verwendung finden. Der Redner betonte zum Schluß ausdrücklich: „Der Mieter muß sich auf die Dauer nur aufrechterhalten, wenn ein reger Neubau von Wohnungen betrieben wird.“ Neubauten dürften nur als sachgemäßer, künstlerisch und hygienisch einwandfreier Hochbau ausgeführt werden. Die Normalwohnung müßte bei der heutigen Wirtschaftslage die Zweifamilienwohnung sein. Die vierräumige Wohnung im Einfamilienhaus kommt erst in Frage, wenn mindestens die größte Wohnungsnot behoben sei. Es bleibe dann für den Erfahrenen immer noch zweifelhaft, ob die Wohnung im Einfamilienhaus kulturell hochwertiger sei als diejenige im einmännigen Hochbau. Alle modernen technischen Errungenschaften, wie Zentralheizung, Warmwassererwärmung, Dampfwaschanstalt und Badeanstalt sowie Kinderspielfläche und Kinderhortie sind in den zu bauenden Wohnblöcken vorzusehen und die Wohnungen gut durchlüftbar anzulegen.

In einer Entschließung erklärten sich die versammelten Abteilungsleiter der SPD mit den Ausführungen des Redners einverstanden. Sie erließen die Berliner Stadtverordnetenfraktion der SPD, bei der Stadtverordnetenversammlung und dem Magistrat dahin vorstellig zu werden, daß ein großzügiges Wohnungsbauprogramm baldmöglichst durchzuführen und zur Ausführung gebracht wird. An den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag schlossen sich in Vertretung des Stadtdirektors Dr. Bejauch noch einige Ausführungen des vorigen Referenten über die Wohnungsnot und die Wohnungskultur sowie ein Rundgang durch die Ausstellung: „Die gesunde Wohnung“, bei der ebenfalls noch Erläuterungen gegeben wurden.

Der Feuerschutz in den Vororten.

Man schreibt uns: „Nachdem durch die Eingemeindung die an der Peripherie der alten Stadt gelegenen Vororte zu Groß-Berlin gekommen sind, haben deren Bewohner auch das Recht, eine Berufsfeuerwehr in ihrem Bezirk mit ständiger Belegung (Tag und Nacht) zu verlangen. Die ehemaligen Vorortbewohner tragen dieselben Lasten wie die Alt-Berliner Bewohner, also sollte ihnen auch dieselbe Gegenleistung aus dem Gebiete des Feuerschutzes gewährt werden. Aber auch eine mit den modernsten Feuerlöschmaschinen und guten Geräten ausgerüstete Berufsfeuerwehr steht einem ausgebrochenen Schadensfeuer machtlos gegenüber, wenn sie nicht genügend Löschwasser in der Nähe hat. Bei einigen dieser Vororte befinden sich Teiche und in der Nähe anderer ziehen wasserreiche Abzugsgräben vorüber, deren Wasser auch für Feuerlöschzwecke Verwendung finden könnte. Vielleicht wäre es gut, wenn in der Nähe solcher Orte in Verbindung mit diesen Gräben Wasserbecken geschaffen würden, die vor Verschlammungen oder anderen Verunreinigungen geschützt werden und im Winter durch Abdeckung mit Bohlen und Erde vor dem Einfrieren bewahrt bleiben, damit die Wasserentnahme aus diesen Ansammlungsbecken mit festem Fuß und Abfluß nicht unmöglich wird. Sind solche Abzugsgräben mit fließendem Wasser nicht in der Nähe einer Ortschaft, so müßten trotzdem solche Wasserbecken angelegt werden und durch ein Wasserrohr in 1 1/2 Meter Tiefe mit dem Zentrum der Ortschaft verbunden werden. An seinem Ende müßte ein Schutzhäutgeflecht gegen Einbringen von Wasserratten, Fischen, Fischen und Pflanzen und am

anderen Ende eine Ruppelhäute zum Schutze angebracht werden. So könnte die Feuerwehr jederzeit beim Ausbruch eines Feuers mit ihrer Dampf- oder Motorspritze an diesem Wasserrohr anlegen und ihm das erforderliche Wasser jederzeit entnehmen. Eine häufig zu wiederholende Kontrolle und Säugversuche durch die Feuerwehr sichern gewiß die Gebrauchsfähigkeit dieser Schutzvorrichtungen. Eine andere Maßnahme zur Hebung der Sicherheit im Interesse des Feuerschutzes, die ganz bedeutend ins Gewicht fällt, bestünde in der Schaffung von Tiefbrunnen in diesen Orten, die so ergiebig sind, daß sie mindestens für zwei größere Schläuche das Löschwasser liefern. Die Stadt Berlin macht große Aufwendungen für andere Zwecke, sollte sie nicht auch für die doch sicherlich nicht unwichtige Regelung des Feuerschutzes in den ehemaligen Vororten einiges übrig haben?“

Wir geben diese Ausführungen wieder, weil Brände in den letzten Monaten, insbesondere das Großfeuer in Blankenburg, gezeigt haben, daß der Feuerschutz in den Außenbezirken in der Tat reformbedürftig ist. Ohne die Leistungen der freiwilligen Wehren verkennen zu wollen, muß dennoch die Schaffung von gut ausgebildeten und modern ausgerüsteten Berufswehren gefordert werden, um ähnliche Vorkommnisse für die Zukunft zu verhindern.

Kommunale Literatur.

Bauordnung für die Stadt Berlin vom 3. November 1925. Für bezogen durch die Geschäftsstelle des „Gemeindeblattes“ der Stadt Berlin, Rathaus, Zimmer 89b. Preis 120 M.

Bauordnung für die Stadt Berlin vom 3. November 1925. Für den Handgebrauch mit Vorwort, Bauklassentabelle, Uebersichtsplänen und Sachregister. Herausgegeben von Magistratsoberbaudirektor Walter Koeppe. Verlag von Wilhelm Ernst u. Sohn, Berlin. Preis 3,60 M.

Billig und schlecht hat das Nachrichtenamt der Stadt Berlin, ohne sich allzu sehr anzustrengen, einen Nachdruck der im „Gemeindeblatt“ veröffentlichten, am 1. Dezember in Kraft getretenen Bauordnung herausgegeben. Jeder, der sich über diese neue Bauordnung orientieren will, wird gut tun, sich nicht an die amtliche Ausgabe, sondern an die von dem Magistratsoberbaudirektor Koeppe bearbeitete handliche, gutgedruckte und übersichtliche Ausgabe zu halten. Wie könnte man auch erwarten, daß das Nachrichtenamt der Stadt Berlin ein Sachregister fertigt, ohne das die umfangreiche Bauordnung überhaupt nicht zu gebrauchen ist! Es gibt eben immer noch Dienststellen des Magistrats, die absolut den Nachweis erbringen wollen, daß eine Sache nur dann klappt, wenn sie von privater Seite gemacht wird. Kein Ruhmesstiel!

Berliner Ortschaft. Zusammengefaßt und erläutert von Magistratsrat Walter Körner und Stadtkammmann Walter Brill. Verlag von Alfred Rechner, Berlin, 1925. 226 S.

Diese Zusammenstellung dient wirklich der Abhilfe eines dringenden Bedürfnisses. Die Stadtverordnetenversammlung hat z. B. bereits einmal einen Beschluß gefaßt, der vom Magistrat die Zusammenstellung aller Deputationsjahrgänge verlangt. Der vorliegende Band enthält das „Gesetz über die Bildung der Stadtgemeinde Berlin“ und eine Zusammenstellung wichtiger Ortsgesetze, der Statuten und Satzungen der Deputations- und städtischen Dienststellen. Der Band ist der erste Anfang einer übersichtlichen Kodifizierung aller für die Berliner Verwaltung in Betracht kommenden Bestimmungen. Der Druck ist übersichtlich. Ein Sachregister erleichtert die Orientierung. Anmerkungen und Literaturnachweise ermöglichen eine schnelle Benutzung. Selbstverständlich kann eine solche erste Ausgabe noch nicht vollkommen sein. Es ist vorgezogen, daß weitere Bände folgen sollen, die u. a. die Gesellschaftsverträge aller städtischen Gesellschaften, auch derjenigen, an denen die Stadt nur beteiligt ist, sowie die wichtigsten Konzessions- und Betriebsverträge enthalten sollen. In der Zeit in die Wege geleiteten Kodifizierung kommt auch äußerlich die Tatfache zum Ausdruck, daß Groß-Berlin sich durchgesetzt hat. Der vorliegende Band ist für jeden in der Berliner Kommunalverwaltung Tätigen unentbehrlich.

Kaiser's Fest Kaffee

in Geschenkbeuteln

MK. 3,40 3,80 4,00 4,20 4,40 4,60 das Pfd.

Kaiser's Kaffee 2.40 2.60 3.00 das Pfd.

Kaiser's Tee feine Mischungen, lose und in Paketen M. 4.00 4.50 5.20 6.00 7.00 8.00 d. Pfund

Unser Sonder-Angebot bis 6. nachl. 24. Dezbr.

Kaiser's Kaffee Marke „Kaffeekanne“ 1/2 Pfd. **1.75** Paket

Kaiser's Schokolade, Pralinen, Bonbons, Kekes, Spitzkuchen, Lebkuchen, Printen und Speculatius, feinste Qualitäten, billigst aus eigenen Fabriken

Neu eröffnet: Friedrichstraße 227 und Charlottenburg, Augsburgstraße 54, Ecke Passauer Straße

<p>N. Radsch. 18, Brunnenstr. 20 Chausseestr. 23 Grillwaldstr. 1 Kastanienallee 58 a Landsberger Allee 29 Müllerstr. 106 Reichenberger Str. 18 Schlesener Allee 110 Trankwasser 18</p>	<p>SW. Kriegerstr. 49a Petersburger Str. 81 Stralauer Allee 23 b</p> <p>W. Culmb. 1 Santliner Str. 23 Blindensch. 48 Lützowstr. 58</p> <p>NW. Alt-Moabit 112 Severstr. 29 Luisenstr. 43-44 Steghanstr. 42 Turmstr. 47 a Wiltschauer Str. 20</p>	<p>C. Alte-Schlesener Str. 20 Charlottenburg Augsburger Str. 54 Ecke Passauer Str. Berliner Str. 115 Dankelmannstr. 58 Gräfmannstr. 4 Holländerstr. 4 Kaiser-Friedrich-Str. 55 Kiebitzstr. 19 Knebelstraße 8 Sauerstr. 15 Turmstr. 47 a Uhlendorfer 22</p>	<p>Wilmersdorfer Str. 71 Wilmersdorfer Str. 128 Wilmersdorfer Str. 142</p> <p>Spandau Draht Str. 40 Hamburger Str. 28 Hagerstr. 1 Rauensdorfer Str. 5 Potsdamer Str. 1a Schlesener Str. 58</p> <p>Berlin-Lichtenberg Ruhlsdamer Str. 65 Frankfurter Allee 60 Frankfurter Allee 101</p>	<p>Frankfurter Allee 224 Wilhelmsstr. 19</p> <p>Berlin-Wilmersdorf Berliner Str. 131 Königsberger Str. 23-24 Olivar Platz 2, Weststr. 20</p> <p>Neukölln Bernauer 140 Hermannstr. 46 Hermannstr. 113 Kaiser-Friedrich-Str. 242 Rheinstr. 42, Ickebstr. 25</p>	<p>Berlin - Schöneberg Königsstr. 85 Tempelhofer Str. 21</p> <p>Berlin - Oberschöneweide Edenstr. 88 Wilhelmsdenkstr. 41</p> <p>Berlin-Adershof, Bismarckstr. 25 Baumhuldenweg, Baumhuldenstr. 19-20 Fritz, Chausseestr. 47 Friedrichsfeld, Berliner Str. 40 Hermannstr. 113 Hermannstr. 113 Lichtenfelde-W. Hinderburgstr. 55</p>	<p>Marlendorfer, Chausseestr. 24 Pankow, Schöneberger Str. 1 Reichenberger, Residenzstr. 107 Reichenberger, Hauptstr. 10 Schönhaarder, Hauptstr. 25 Schmargander, Reiche Str. 22 a Tegel, Berliner Str. 9 Tempelhofer, Berliner Str. 55 Waldensee, Berliner Allee 242</p> <p>Weitere Filialen in Cottbus, Schloßstr. 1 Friedrichshagen b. Berlin, Friedrichstr. 80 Hannover, Friedrichstr. 20 Potsdam, Brandenburger Str. 20 Potsdam, Neuenstr. 20</p>
---	--	---	--	---	--	---

KAISER'S KAFFEE-GESCHÄFT

Klofe.

Von Werner Richter.

(Schluß.)

3] Klofe fühlte ein Unbehagen, das offenbar nicht von der Mäßigkeit kam. Unstimmigkeit seines Selbst, als passe Seele und Leib nicht mehr ganz zueinander. Er räusperte sich, die Wände dröhnten Echo: ein Geräusch, überlallend zu haben, steckte ihm pelzvoll wie eine Fischgräte im Schlund. Endlich sagte er, die Mutter über den meergrünen Tisch der Tischdecke dringlich anstarrend: „Man hätte es nicht zulassen sollen? Wie? Man hätte sich anders verhalten müssen? Sage es doch, Mutter.“

„Ich will dir nicht hineinreden,“ antwortete sie kurz, ohne den Blick aus der Zeitung zu lassen.

Was er denn tun könne, fragte er, indem seine Augen zu beiden Seiten der ehrfurchtsvoll eingeplatzten Klofe zu klümmern begannen; er sei nur ein armer Feldwebel, der unmöglich einen Offizier zur Rede stellen könne.

„Es sei nicht zwei Jahre her,“ erwiderte die Mutter, „daß er Krübert noch prügelte, ihn, der niemals viel getaucht habe. Elsa hingegen habe den Eltern immer nur Freude gemacht und sie solle Krübert nun so gemein behandeln dürfen?“

„Das treffe alles zu,“ meinte Klofe ernst nickend, „gewiß, man dürfe Elsa nicht derart kränken lassen, noch dazu von einem Bengel wie Krübert.“ Indem er aufstand, ereiferte er sich zusehends: „Ja, was ist er denn weiter, ein nichtsnutziger Bengel, der mir gestohlene Sachen ins Haus schleppt, ein aufgedunsener Affe. O, wir kennen diese jungen Herren, wir kennen sie.“ Schon aber die er sich schen, stürzungslustig, eigener Kühnheit mißtrauend, flüsternd: „Das bleibt unter uns, nicht wahr?“

Dann raffte er sich wieder zusammen: „Aber ich muß es ihm sagen, natürlich, heute abend, sobald er nach Hause kommt; ich werde ihm den Standpunkt klar machen, unerbittlich.“

Er ließ sich wieder am Tische nieder, griff nach der Zeitung, und während er sich in die Depeschen vom Kriegsschauplatz vertiefte, begann die Mutter, die Hände zusehends im Schoß gefaltet, einzuschlafen.

Doch nicht wie sonst schmitzt es heute lustvoll kräftigend in ihn hinein, daß vor den Stellungen des Herrers die in abgeschlagenem Angriff gefallenen Feinde zu Tausenden verwesten, daß geniale Führung den Sieg seit langem schon gesichert habe, was nur verzweifelter Unverstand der Gegner eingekerkelt fürchte; und auch der gegen diese seit Jahren gewohnte Woll stellte sich heute nicht ein.

Immer wieder die Augen schließend, wollte Klofe sich vorstellen, wie er nun mit Krübert sprechen werde. Aber es war unmöglich, die durcheinanderwimmelnden Gedanken zu sammeln; gern hätte er sein Gehirn durch seine fünf Finger drücken mögen, wie durch einen Kamm. Den Umweg der Rührung versuchend, bemühte er sich, an Elsa zu denken, an ihre Wickelkindzeit, als ihre winzigen Wätscheltücher am Herd der engen Unteroffizierstübe in der Kaserne trockneten, an ihre Konfirmation, als sie, ein schamhafter, dunkler Estrich nur, vor dem leuchtenden Kerzenmeer des Altars kniete, an ihr Leben jetzt, wo sie standhaft und ohne Klage alterte. Tatsächlich stach ihm Empörung mitten ins Herz. Dennach konnte er die Unterredung mit Krübert sich nicht anders ausmalen, als im unklaren Bilde einer Katastrophe, etwa, wie wenn er toll betrunken eine ungeheure, geländerlose Rolltreppe hinabgefallen wäre.

Mit immer wachsender Beklemmung sah er den Zeiger des in langlichem Gehäuse eingefassten Regulators unaufhaltsam wandern. Auch hob es nicht wie sonst sein Selbstgefühl, mit zwei kleinen Bürsten den Bart stürmisch zu bearbeiten. Immer ängstlichere dunkle Wänsche fühlte er an die Wände seiner Wänschen pochen.

Und während die Mutter wohligh schnarrend immer tiefer in sich zusammenfiel, so daß er sein rundes, schnurrbartiges Bild, das sie als Brosche trug, immer mehr unter ihrem Kinn verschwinden sah, gewann gegen ihn selbst alles ein feindseliges Ansehen: das Gaslicht flirrte höhnisch, das Tischchen vor dem Ofen mit dem nie ben hien Tischferocie, die Rippe auf den Wandbreitern klipperten teuflischen Takt zu seinen immer hastvolleren Schritten.

Aus dem Spiegel bestarrte ihn plötzlich das eigene Gesicht: der Aufregung heute beim Rasieren verkannte es einige Schnittwunden und die schwarzen Striche verharzten Blutes gaben ihm einen ungehörigen, wenig glaubhaften Ausdruck von weher Entschlossenheit. „Menschen,“ flüsterte Klofe erschüttert vor sich hin, „warum schont ihr mich nicht?“

Rein, ganz unerträglich hatte sich ihm die Luft verdirbt: nichts blieb als Flucht. In den Korridor sprang er, zog den Mantel an, setzte die Mütze auf. Nur die Lampe im Wohnzimmer wollte er noch ausreden: zur rechten Zeit fiel ihm ein, daß die Gaspreise leghin wieder erhöht seien.

In dem Augenblick aber, als er, auf einen Stuhl geklettert, sich zu dem Hahn emporreckte, erwachte die Mutter. Farblosen Blickes staunte sie zu ihm empor: „Wohin willst du?“ lallte sie, halb noch im Schlaf.

Fühnd, daß er die vom Unglück verstellten Züge nicht rasch genug umstellen konnte, schwieg er schuldbehaftet.

Sie fragte noch einmal — und jetzt schreckhaft ahnend, daß Ungeheures auf dem Spiele stand —: „Wohin willst du?“

Da stieg er trübsal vom Stuhl herab, und wies wie ein Blatt vom herbstlichen Baum wehte es von seinen Lippen: „Ich kann nicht mit ihm reden.“

Sie starrte ihn schwer forschend an, wiegte ächzend den Kopf, — erbeitete sich plötzlich aus dem Beinhalt hervor, kam auf tauglichsten Füllschuhen zu ihm heran, der immer noch kopfhängend stand, nahm seine Mütze, zog ihm den Mantel ab.

„Rein,“ sagte er, „ich nur, ich kann nicht mit ihm reden, heute nicht und morgen nicht. Ich muß fort.“

Sie zog ihn beharrlich am Karmel zum Sofa hin, ihr Gesicht quoll in gewaltigem Wänseln breit wie Butter in der Pfanne. Erst als er sah, die langen, weit voranreichenden Oberschenkel unglücklich betrachtend, sprach sie unversehens Worte, die wie ein Wunder waren, Himmelsglanz irgendwo weit entfernt aufstrahlen ließen; sie sagte: „Wenn du es nicht kannst, Klofe, so rede nicht mit ihm; dann soll es nicht sein.“

Aber noch wagte er an Wunder nicht zu glauben. „Das ist nicht dein Ernst,“ murmelte er, „wohin erst meinst du, das dürfte ich mir nicht gefallen lassen. Und du hast auch ganz recht. Nur, — ich kann es nicht, Frau. Ich kann es einfach nicht.“ Wöllig war er in diesem Augenblick überzeugt, die Zunge, die sich zu Vorwürfen gegen Krübert heben wollte, würde ihm abgebrochen im Munde liegen bleiben. „Darum muß ich fort.“

Wühlische Eingebung machte ihre wasserblauen Augen klein und stug. Er solle sich keine überflüssigen Gedanken machen, meinte sie. Die Welt sei nun schon einmal so, daß einige zu befehlen und alle anderen zu folgen hätten. Man sei doch nur ganz klein und schwach

und habe weder die Befugnis, noch die Möglichkeit, die bestehenden Einrichtungen zu ändern. Man sei um so glücklicher, je weniger Widerstand man leiste. Wer wisse, wozu es gut sei?

Ein kleiner, kindlich gläubiger Schimmer durchbrach allmählich die Ratlosigkeit seines Gesichts, während die listige Herzlichkeit der Frau sich immer mehr zu wahrhafter hilfreicher Rührung erweichte. Wie vor Jahrzehnten, als sie jung verheiratet waren, schob sie sich auf die Seitenrolle des Sofas, lehnte sich an ihn, streichelte ihm die erschütterte bebende Wange.

„Und Elsa?“ fragte er, wieder schwankend. Elsa, sagte sie, würde allmählich das Richtige einsehen, wie sie es selbst eingesehen habe.

Er meinte, nun wirklich etwas erleichtert: „Ja, nicht wahr, was sollte daraus werden, wenn wir Feldwebel anfangen, Offiziere zur Rede zu stellen? Wo bliebe die Disziplin? Das geht ja gar nicht, es ist ja lächerlich.“ Er lachte tatsächlich, trocken hütelnd.

Sie hob sanft seine Hand, und indem sie den Blick in die Höhe richtete, wo ein gemalter blauer Himmel eine Oeffnung der Decke vorläufige und rosa behänderte Putten bemüht schienen, das Rohr

Strefemann-Ganymed.



O keiner friedlicher Strefemann,
Du wondelst auf dem Weisenplan,
Die nationalen Schätze zu hüten
Und flochtest Kränze aus Redelüten,
Und hast nach dem östlichen Geier gefeicht,
Der oben hoch durch die Wolken trächst.
Du liebst ihn immer, wenn auch verlohnen.
Bald wird er kommen und wird dich holen.
Er wird dich streifen, das friedliche Tier.
Siehst du, Gustav, das ist der Dank dafür!

der Gasröhre zu halten, bestätigte sie leise und schon bei anderen Gedanken: „Gewiß, gewiß; — die, die alles so einrichteten, werden wissen, warum sie es taten. Sei nur ruhig, Klofe, Sorge dich nicht darum.“

Er schweig und lauschte personen dem gewohnten Rollen und langhin klagenden Pfeifen der Vagarettzige, die um diese nächtliche Stunde den Bahnhof zu passieren pflegten.

Wöllig aber fuhren seine Augenbrauen ungestüm empor, und seine Hand, die aus dem freundlich breiten Unterarm der Mutter träumte, begann zu zittern: deutlich schwarze Brunten an der Haustür ein Schlüssel, stieß wild umher und fand endlich hinein; dann hörte man schweres Aufgähnen der Tür.

Im Augenblick war die Mutter emporgeschneilt, stand auch schon auf dem Stuhl, langte pustend nach dem Gasrohr. Klofe packte mit aller Kraft seine Stiefel am Haken und entzog ihnen entschlossen die Füße. Dann wurde es mit leisem Knallen finster.

Klofes verwirrt umherhulchende Hand fand die vertraute Hüftentwundung der Mutter. Fest drängte er ihre gütige Freiheit vor sich her, indem sie beide eilig und lautlos dem Schlafzimmer zustrebten.

Raum hatten sie keine Tür geschlossen, hörten sie, dicht hinter ihr verharrend, wie Krübert eintrat. Er tat ein paar Schritte, stockte, brummte Unfreundliches vor sich hin, tappte weiter, schmetterte mit Fluch und Tritt einen Postersessel von sich. Endlich hatte er sein Zimmer gefunden: die Klinke quetschte herb, die Sporen winnmetten auf der Schwelle. Dann klopfte die Tür zu, und alles war still.

Die Eltern hatten, den Atem zurückdrängend, eng nebeneinander gelauht. Nun glänzten ihre Gesichter bescheiden froh einander an, als Klofe, begnadigt aufstehend, die Nachtsicherzige entzündete.

Frauenkleidung und Gesundheitschäden

Von Dr. med. Albert Uilmann, Berlin.

Die Abhängigkeit der Kleidung von der Mode verlangt bei vielen Frauen eine Vergewaltigung des Körpers, die auf die Dauer nicht ohne schwere Schädigung ertragen werden kann. Vor allem die mustulösen und fettelbigen Frauen leiden unter diesem Zwang. Einzelte und Gefülltheit, der Trieb zur Nachahmung der „modernen“ Form leisten in der Uebertreibung oft Staunenswertes. Ein schöner Körper hat keine Modelfunktion nötig; ein weniger schöner Körper — deren Besizerinnen sind leider in der Mehrzahl — versucht sich dem Modegesetz anzupassen. Wie das gemacht wird, darf beim Korsett wohl als bekannt vorausgesetzt werden; aber nicht alle Frauen, die damit ihre Ansicht erreichen und „Figur“ bekommen, wissen, wie verderblich die Wirkung der übertriebenen Korsettierung auf die Körperorgane ist. Denn Leber und Milz erhalten oft tiefgehende Schnürfurchen (Schnürleber, Schnürmilz), Magen und Därme werden nach unten gedrängt, die Nieren senken sich (Wanderniere). Nicht selten tritt dadurch hartnäckige Stuhlverstopfung ein, ja selbst Herz- und Lungenkrankheiten können durch zu starkes Zusammenpressen des unteren Brustumfanges entstehen. Bei ständiger Tragen kann die Brustwarze des Rückens nicht

genügend in Tätigkeit treten, sie erschläft und verfällt dem allmählichen Schwund. Solche an das Korsett gewöhnte Frauen ermüden sehr leicht und klagen über heftige Kreuz- und Rücken-schmerzen, sobald sie sich längere Zeit ohne dieses bewegen. Städtischerweise ist in heutige das Korsett weniger denn je in Mode, und so sind die schweren Schädigungen auch verhältnismäßig selten. Ich will nun aber nicht mißverstanden werden und etwa gar als grundsätzlicher Gegner des Korsetts gelten; ich warne nur vor Uebertreibung. Denn solange die Kleidung der Frau aus zwei Teilen besteht, Rock und Taille, wird sich das Korsett nicht ganz vermeiden lassen; doch gesundheitsgemäß muß es gearbeitet sein, aus weichem Stoff, ganz ohne Stäbchen, der Körperform angepaßt, etwa in der Art eines Schnürlebens. In dieser Form wird es sogar förderlich, indem es das Gewicht der mit Bändern zusammengehaltenen Kleidungsstücke auf eine größere Fläche verteilt. In allerneuester Zeit stellt man Korsetts aus Gummistoff her, die auf dem bloßen Körper getragen werden; schon weil sie nicht mit Wasser und Seife gewaschen werden können und nur chemisch zu reinigen sind, müssen sie abgesehen werden. Viel bedenklicher ist noch, daß durch sie die Schweißabsonderung und Verdunstung hinhingehalten wird, was besonders im Sommer als außerordentlich lästig und wegen der Entstehung von Ausschlägen und Schweißwunden, als gefährlich bezeichnet werden muß.

Das zweite Schmerzenskind der weiblichen Bekleidung ist für jeden hygienisch Empfindenden der Schuh. Jede Frau möchte natürlich einen möglichst kleinen und zierlichen Fuß haben, und dieser Neigung zuliebe wird der Fuß durch unzureichende Bekleidung verdorben. Schon der eng anliegende Strumpf preßt mitunter die Zehen zusammen; die möglichst kleine Schuhwänsche tut die Meistere. Dadurch werden die Zehen übereinander geklopft, und Druckstellen, Hühneraugen und eingewachsene Nägel sind unvermeidlich. Einmal tritt auch eine ausgesprochene Krallenbildung der Zehen ein. Dazu kommt der hohe Absatz, der die Trägerinnen zwingt, nur auf den Zehen und dem Vorderfuß zu gehen; häufiges Umlippen, leichtes Ausgleiten, eine Veränderung der Weidenorgane entsteht daraus. Für schwangere Frauen ist der hohe Absatz geradezu lebensgefährlich. Zahlreiche Fußwunden, die bei dieser unnatürlichen Haltung und Gangart untätig bleiben, vertümmern. Der Fuß büßt seine ursprüngliche anatomische Form und Cederheit völlig ein, und dafür bleibt ein häßliches, schwaches Kulturprodukt übrig. Die zweckdienlichste Fußbekleidung ist der Schnürstiefel mit niedrigem Absatz, zur No- noch der halbe Schnürschuh, der der anatomischen Gestalt des Fußes angepaßt sein muß.

In enger Verbindung damit steht das Strumpfband, das leider noch sehr häufig als Gummiring um Wade bzw. noch öfter oberhalb des Knies getragen wird. Bei längerer Dauer bildet sich dann an der Stelle seines Sitzes ein Schnürring, der ebenso unschön wie schädlich ist. Der Kreislauf des Blutes wird gehindert, es bilden sich lästige Krampfadern, ja Schwellungen des Beines und Fußes aus; besonders bedenklich ist dies wieder bei schwächeren Frauen, die schon an und für sich zu Blutstauungen der unteren Extremitäten neigen. Am besten werden die Strümpfe durch ein oder zwei Gänggummibänder festlich und vorne am Schnürlebens befestigt.

Von ebenso großer Wichtigkeit ist auch die Frage des Beinleides; heutzutage hat sich mit Recht der sogenannte „Schlüpfer“ als äußerst zweckmäßig eingebürgert: er schließt den Unterleib mit dem Geschlechtsorganen sicher gegen Staub und kalten Luftzug ab. Doch soll das Material des Beinleides nicht aus spinnwebdünnen Stoffen bestehen, die dann nur einen scheinbaren Schutz darstellen würden. Wie viele Frauen ziehen sich im Herbst und Winter, besonders bei Tauwetter, in Folge der zu feinen Unterwäsche alle möglichen Erkältungskrankheiten zu, in erster Linie hartnäckige Blasenkatarrhe, Unterleibsentzündungen, Rheumatismus und Ähnliches!

Eine erhebliche Bedeutung kommt auch dem richtigen Büttelhalter zu. Heute ist die gerade Linie, die schlank, glatte Form höchste Mode. Der Büstenhalter, der die Aufgabe hat, die Brust zu heben und zu stützen, wird aber gerade darum nur allzu oft mißbraucht; um möglichst schlank und gradlinig zu erscheinen, wird er sehr tief getragen und die Brüste werden fest gegen die Rippen gepreßt. Das erstrebte Modziel wird sicher damit erreicht; aber die unausbleibliche Folge ist, daß die nicht unterstützte Brust dem Gesetz der Schwere folgend, sich auszerrt und verlängert und besonders bei schlanken und schwächlichen Frauen, die Mangel an elastischem Gewebe leiden, oder die schon geboren und gestillt haben, sich allmählich zu einer häßlichen Hängebrust umwandel. Rühmer kann eine solche Hängebrust sehr unangenehme Zerrungsschmerzen bereiten.

Zusammenfassend ist zu sagen: keine Frau sollte ihren Körper widerstandslos den jeweiligen Verhinderheiten und Torheiten der Mode unterwerfen, sondern vielmehr die Modeschöpfer zwingen, ihre neuen Ideen und Entwürfe der anatomischen Normalgestalt des weiblichen Körpers, in Verbindung mit den Gesetzen der Hygiene und Schönheit, anzupassen.

Vorläufer des Weihnachtsbaums.

Lang bevor der lichtergerahmte Baum bei uns zum Symbol des Weihnachtsfestes wurde, konnte man im alten Orient schon den Brauch, zu gewissen Gelegenheiten frischgrüne Bäume mit brennenden Lichtern zu schmücken. Die früheste Nachricht von einem solchen Lichterbaum stammt aus China, wo im Jahre 715 v. Chr. ein Prinz Hong auf den Gedanken gekommen sein soll, auf einem Berggipfel einen Baum, mit hundert brennenden Lämpchen behängt, aufzustellen. Es hat sich aber nicht ermitteln lassen, aus welchem Anlaß der chinesische Prinz den Lichterbaum brennen ließ, und ob die seltsame Feier vielleicht einen religiösen Anlaß hatte.

Ein anderer Bericht über Lichterbäume führt uns nach Indien. Im Jahre 1503 bereiste der Italiener Ludovico Bartolomeo das Wunderland, und merkwürdigerweise war es gerade am 25. Dezember, als er in der Nähe von Kalkutta bei einem Buddha-Tempel einen eigenartigen Anblick hatte. Unmittelbar neben dem prächtigen Tempel lag ein stiller Teich, von alten schönen Bäumen dicht umstanden, die über und über mit brennenden Lichtern besetzt waren. Als er nach der Ursache dieses Brauches fragte, hieß es, man feiere hier jedes Jahr am 25. Dezember Buddha zu Ehren ein Fest. In Indien bestand lange vorher, und zwar schon im dritten vorchristlichen Jahrhundert auch die Sitte der sogenannten „Wunschbäume“ (Kalpavriksha), deren Zweige man gelegentlich auch als beliebte Rotwe in der altindischen Baukunst antrifft. Es sind große, weit verzweigte Bäume, die mit allerlei schönen Dingen behängt sind, mit seinen Tüchern, Schmuckstücken und zierlichen Glöckchen.

In Frankreich läßt sich die Sitte der Lichterbäume bis ins zwölfte Jahrhundert zurückverfolgen. Der zurzeit der Minnesänger sehr viel gelebte altfranzösische Roman „Durmarc“ beschreibt zum Beispiel einen solchen Lichterbaum. Er soll die Menschheit verstmüßlichen, indem die aufrecht stehenden Lichter die guten Menschen bedeuten. Hoch oben auf der Spitze des Baumes thront ein Christkindlein als Krönung und oberste Vollendung der Menschheit. Die Bäume wurden aber nicht zur Weihnachtszeit, sondern nur als Sehenswürdigkeit errichtet.

Auch in Dolkram von Eschenbachs „Parzival“ werden Lichterbäume erwähnt, die sogar mehr als tausend Kerzen trugen. Man pflegte solche Bäume auch aufzustellen, wenn vornehme Gäste erwartet wurden; doch scheint es sich damals fast ausschließlich um lichtergerahmte Laubbäume gehandelt zu haben. Der Brauch, Lichterbäume aufzurichten, drang um diese frühe Zeit noch lange nicht ins Volk. Es war eine Sitte, die man nur in Ritterburgen übte, und die übrigens auch dort bald wieder in Vergessenheit geriet.

